Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

18.03.1970 - 38. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

38. Sitzung

am Mittwoch, dem 18. März 1970

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Dr. Cassens, Hardegen, Kuhnert, Schnakenberg, Schriever, Wehrmann, Wenke.

INHALT

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 2137

Fragestunde 2138

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. Februar 1970:

Gesetz zur Anpassung an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts (Drucksachenabteilung I Nr. 97)

2. Lesung 2141

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. März 1970:

Gesetz über die Aufhebung des Gesetzes über die Entgegennahme und Aufnahme von eidesstattlichen Erklärungen durch die für das Flüchtlingswesen zuständigen Behörden (Drucksachenabteilung I Nr. 99)

1. Lesung 2141

Bericht des nichtständigen Ausschusses zur Vorbereitung eines Hochschulgesetzes über den in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 28. Januar 1970 beschlossenen Erweiterungsauftrag (Drucksachenabteilung III Nr. 19) 2141

Antrag: Stellungnahme des Senats zu den Ausführungen der Studentenvertreter beim Gründungssenat der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 340)

Abg. Vorsatz (NPD) 2142
Abg. Franke (SPD) 2145
Abg. John (FDP) 2147
Abg. Stern (NPD) 2148
Abg. Dr. Sieling (CDU) 2149
Abg. Dr. Czichon (SPD) 2150
Abg. Fischer (CDU) 2154
Abg. Franke (SPD) 2155
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 2155
Abg. Dr. Sieling (CDU) 2157
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 2158
Abg. John (FDP) 2161
Abg. Franke (SPD) 2161
Abg. Klein (CDU) 2163
Abg. Dr. Czichon (SPD) 2166
Abg. Schepers (CDU) 2167
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 2168
Abg. Fischer (CDU) 2169
Abg. Dr. Czichon (SPD) 2170
Abg. Brouwer (NPD) 2170

Anfrage: Strukturanalyse für den Wohnungsbau
(Drucksachenabteilung II Nr. 341) ausgesetzt 2171

Antrag: Familienzusatzdarlehen für Altbauten
(Drucksachenabteilung II Nr. 224)
Dazu
Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. Februar 1970
(Drucksachenabteilung I Nr. 98)
Abg. Marta Kruse (NPD) 2171

Antrag: Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (Herabsetzung der Altersgrenze für Beamte im gehobenen Justizvollzugsdienst)
(Drucksachenabteilung II Nr. 337)
Abg. Fröhlich (SPD) 2172

Antrag: Besteuerung der Verkehrsbetriebe im Nahverkehr
(Drucksachenabteilung II Nr. 339)
Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers 2173
Abg. Hauptmann (FDP) 2173
Abg. Krauss (CDU) 2174
Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers 2174

Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsident **Dr. Klink**

Schriftführer Ella **Müller**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Eggers** (SPD)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Seifriz** (SPD)

Präsident des Rechnungshofs **Hartmann**

Senatsdirektor **Dr. Nemitz** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Niedergesäß** (Senatskommission für das Personalwesen)

Regierungsdirektor **Michalski** (Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr)

Präsident Engel eröffnet die Sitzung um 14.32 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung — Familienzusatzdarlehen für Altbauten — ist ein interfraktioneller Dringlichkeitsantrag eingereicht worden, der hektographiert den Abgeordneten vorgelegt worden ist.

Gemäß § 21 der Geschäftsordnung muß ich zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen lassen. Da alle Fraktionen unterzeichnet haben, nehme ich an, daß eine Begründung der Dringlichkeit nicht erforderlich ist.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wer der dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die dringliche Behandlung.

(Einstimmig)

Ich werde den Antrag bei Punkt 6 der Tagesordnung aufrufen.

Die weiteren Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen:

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel I

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof vom 21. Juni 1949 (Brem. GBl. S. 141) in der Fassung vom 20. März 1956 (Brem. GBl. S. 30) wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 2 erhält folgenden neuen Wortlaut:

(2) Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung in folgender Höhe:

a) der Präsident des Staatsgerichtshofes von DM 600
b) sein Stellvertreter von DM 450
c) die übrigen Mitglieder von DM 300.

Stellvertretende Mitglieder erhalten, wenn sie an einer Beratung des Staatsgerichtshofes teilnehmen, eine Aufwandsentschädigung für den Monat, in den die Beratung fällt.

Reisekosten werden nach Maßgabe der für Beamte geltenden Vorschriften erstattet.

Dieses Gesetz tritt am Ersten des auf seine Verkündung folgenden Monats in Kraft.

12. März 1970

Böhrnsen und SPD-Fraktion
Fischer und CDU-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Brouwer und NPD-Fraktion

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Interfraktionell ist angeregt worden, die Tagesordnungspunkte 4 und 9 miteinander zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist mit dieser Regelung einverstanden.

An unserer heutigen Sitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil ein Lehrgang der Landespolizeischule Niedersachsendamm, eine Klasse der Berufsfachschule für Kinderpflegerinnen. Ich darf diese Damen und Herren herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich freue mich immer, wenn unsere Verhandlungen dieses Interesse finden.

Ganz besonders begrüße ich eine Klasse der Realschule an der Holbeinstraße in Delmenhorst. Auch diese Damen und Herren begrüße ich im Namen des gesamten Hauses recht herzlich.

(Beifall)

Ich kann mir vorstellen, daß der Besuch einer Landtagssitzung in Bremen rein entfernungsmäßig geeigneter ist, als wenn diese Schüler und Schülerinnen aus unserer Nachbarstadt jetzt nach Hannover reisen müßten, um einer Verhandlung ihres eigenen Landtags beizuwohnen.

Vom Senat darf ich begrüßen Herrn Bürgermeister Koschnick, Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Senator Eggers, Herrn Senator Seifriz, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Löbert, Herrn Senator Speckmann.

Außerdem sind anwesend der Präsident des Rechnungshofs, Herr Hartmann, Herr Senatsdirektor Niedergesäß, Herr Senatsdirektor Dr. Nemitz und Herr Regierungsdirektor Michalski.

Meine Damen und Herren, ein Kollege, der heute leider entschuldigt ist, hat Geburtstag. Es handelt sich um den Abgeordneten Herrn Hardegen. Er ist entschuldigt, weil er sich zur Zeit im Krankenhaus befindet. Ich habe aber nicht versäumt, Herrn Hardegen heute die Glückwünsche des gesamten Hauses auszusprechen.

(Beifall)

Bevor wir mit der Beratung der Tagesordnung beginnen, möchte ich Ihnen mitteilen, daß in der Interfraktionellen Sitzung besprochen wurde, daß wir heute bis längstens 19 Uhr tagen. Eine Reihe Mitglieder der SPD-Fraktion hat am heutigen Abend an einer wichtigen Parteiveranstaltung teilzunehmen, die um 19 Uhr 30 beginnt.

Ich warte auf den geschäftsordnungsmäßigen Antrag der SPD-Fraktion zu diesem Punkt, damit ich die Entscheidung des Hauses zur gegebenen Zeit herbeiführen kann.

Zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Böhrnsen das Wort.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte also, aus den angeführten Gründen, die der Herr Präsident erwähnt hat, darum, daß die Sitzung heute um 19 Uhr beendet wird.

Präsident Engel: Erhebt sich Widerspruch gegen diesen von Herrn Böhrnsen gestellten geschäftsordnungsmäßigen Antrag? — Das ist nicht der Fall.

Dann werde ich im Ablauf der Verhandlungen so verfahren. Die dann nicht behandelten restlichen Punkte werden dann ausgesetzt, und wir werden diese in der Sitzung am 15. April 1970 behandeln, wobei ich mich immer der stillen Hoffnung hingebe, daß wir trotzdem mit der Abwicklung der Tagesordnung fertig werden.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Es sind vier Fragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Frage beschäftigt sich mit der Geräuschbelästigung durch Düsenflugzeuge. Sie ist unterschrieben von dem Abgeordneten John und FDP-Fraktion sowie drei Abgeordneten der SPD-Fraktion. Die Frage stellt Herr John.

Bitte sehr, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Wir fragen den Senat:

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um die immer stärker werdende Geräuschbelästigung, die beim Durchbrechen der Schallmauer durch Düsenflugzeuge entsteht und die schon zum Zerspringen von Fensterscheiben in den benachbarten Wohngebieten geführt hat, zu unterbinden?

Präsident Engel: Die Frage beantwortet Herr Senator Eggers.

Bitte, Herr Senator!

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Vertretung des im Urlaub befindlichen Senators für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, Herrn Dr. Borttscheller, beantworte ich die Frage wie folgt:

Geräuschbelästigungen und Schäden, die beim Durchbrechen der Schallmauer und durch das Fliegen im Überschallbereich entstehen, werden im gegenwärtigen Zeitpunkt ausschließlich durch militärische Flugzeuge ausgelöst. Dabei handelt es sich um Flugzeuge der Bundeswehr und der NATO-Streitkräfte. Um die Geräuschbelästigungen und die Schadensfälle möglichst gering zu halten, ist von der Bundeswehr die Mindestflughöhe für den Überschallflug allgemein auf 11 000 Meter festgesetzt worden. Selbst bei Flügen in dieser Höhe ist der Knall bis zu einer Entfernung von 40 Kilometer beiderseits des Flugweges wahrzunehmen.

Bei den Flügen im Überschallbereich handelt es sich um militärische Übungen im Rahmen der Landesverteidigung. Sie werden ausschließlich nach militärischen Erfordernissen durchgeführt. Dabei ist allen Luftstreitkräften der NATO bekannt, daß soweit wie möglich auf die Interessen der Zivilbevölkerung Rücksicht genommen werden soll. Gänzlich ausschließen läßt sich aber der Überschallknall nicht.

Der Senat hat volles Verständnis dafür, wenn die Bevölkerung über diese Ereignisse, die sich in den letzten Tagen gehäuft haben, beunruhigt ist. Aus diesem Grunde habe ich am 13. 3. dieses Jahres an den Bundesminister für Verteidigung ein Fernschreiben gerichtet und um Abstellung dieser unzumutbar gewordenen Belästigung nachgesucht. Für die Abgeltung von Schäden, die von Luftfahrzeugen der Bundeswehr verursacht worden sind, ist die Bundeswehrverwaltung zuständig.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt verkehren in der Bundesrepublik keine zivilen Düsenflugzeuge im Überschallbereich. Falls das zukünftig geschehen sollte, ist, wie der Bundesminister für Verkehr in Beantwortung einer kleinen Anfrage an den Präsidenten des Deutschen Bundestages am 16. 2. 1970 mitgeteilt hat, die Bundesregierung bereit, geeignete Vorschriften zu erlassen, wonach Flüge mit Überschallgeschwindigkeit untersagt werden können, sofern sie mit übermäßigen Lärmbelästigungen verbunden sind, die sich mit denen des bestehenden Luftverkehrs nicht vergleichen lassen.

Der Senat wird auch in Zukunft bemüht sein, alle als geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um Geräuschbelästigungen und Schäden, die beim Durchbrechen der Schallmauer und durch das Fliegen im Überschallbereich entstehen können, auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Präsident Engel: Ich danke Herrn Senator Eggers.

Herr John, wünschen Sie eine Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. J o h n [FDP]: Danke, Herr Präsident!)

Werden Zusatzfragen aus dem Haus gewünscht ? — Das ist nicht der Fall.

Dann ist diese Frage erledigt.

Die zweite Frage befaßt sich mit den Regelsätzen für Sozialhilfeempfänger.

Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Maaß, Herrn Böhrnsen und SPD-Fraktion.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Maaß, die Frage zu stellen.

Abg. Gertrud **Maaß** (SPD): Wir fragen den Senat:

Werden Überlegungen angestellt, die mit Wirkung vom 1. Januar 1970 festgesetzten Regelsätze der Sozialhilfe mit Rücksicht auf die Erhöhungstendenzen in anderen Bundesländern noch im Verlaufe des Jahres 1970 anzuheben?

Präsident Engel: Frau Bürgermeister Mevissen, darf ich Sie bitten, die Frage zu beantworten.

Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat antworte ich folgendermaßen:

Die mit Wirkung vom 1. Januar 1970 festgesetzten Regelsätze sind auf der Basis des Preisgefüges des Jahres 1968 und eines Bedarfsmengenschemas aus dem Jahre 1961 errechnet. Der Senator für Wohlfahrt und Jugend hat daher bereits während der Beratungen des Haushalts 1970/1971 in der Bürgerschaft erklärt, daß die Regelsätze der Sozialhilfe in absch-

barer Zeit an zeitgerechte Bedarfsvorstellungen anzupassen sein werden. Entsprechend der sich abzeichnenden bundesweiten Entwicklung erwägt der Senat nach Beratung in den zuständigen Deputationen, für das Jahr 1970 eine gleichwertige Regelung in Bremen zu treffen. — Soweit die Antwort!

Präsident Engel: Danke, Frau Bürgermeister!

Ich frage die Abgeordnete Frau Maaß, ob sie Zusatzfragen zu stellen wünscht. — Bitte!

Abg. Gertrud **Maaß** (SPD): Was veranlaßt den Senat, als möglichen Zeitpunkt einer Regelsatzerhöhung den 1. Juni 1970 vorzusehen?

Präsident Engel: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist zu erwarten, daß in allen anderen Bundesländern der 1. Juni 1970 gewählt werden wird. Eine zeitliche Anpassung auch für Bremen würde sich von daher als notwendig ergeben. Soweit der Hinweis des zuständigen Senators, ohne der Beschlußfassung in den entsprechenden Deputationen und dem Gesamtsenat vorzugreifen. Außerdem ist in dieser Zeit mit Rücksicht auf diejenigen Sozialrentner, deren Renten tatsächlich nicht den Höchtssatz der Sozialhilferegelsätze erreichen, immer eine Karenzzeit von fünf Monaten vorgesehen. Nach diesen fünf Monaten werden die bis dahin gewährten Sozialhilfesätze den erhöhten Rentensätzen insoweit wieder angepaßt, das heißt Beträge abgezogen.

Es versteht der Normalbürger dies meistens nicht, ebensowenig wie es der Rentner recht verstehen kann. Eine zu diesem Termin, also 1. Juni 1970, zu erwartende Regelung für die Regelsätze in der Sozialhilfe würde es dann weitgehend vermeiden, daß dieser Personenkreis die Beträge, die er vom 1. 1. eines Jahres bis zum Ende eines Jahres bekommt, durch Abzug der Sozialhilfesätze wieder verliert.

Präsident Engel: Frau Kollegin Maaß, Sie haben das Recht, noch eine weitere Zwischenfrage zu stellen. Wollen Sie davon Gebrauch machen? — Bitte!

Abg. Gertrud **Maaß** (SPD): Welche Mehrausgaben werden voraussichtlich mit einer Regelsatzerhöhung verbunden sein?

Präsident Engel: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Die Frage kann ich nur als zuständiger Senator beantworten. Es muß damit gerechnet werden, und so wird auch der Vorschlag an die Deputationen erfolgen, eine zehnprozentige Anhebung vorzunehmen. Eine solche Entwicklung würde, für die sieben Monate dieses Jahres kalkuliert, etwa 1 300 000 DM unmittelbare zusätzliche Kosten bedeuten. Darin sind allerdings die mittelbaren Kosten, die sich durch diesen Regelsatz dann ergeben würden, nicht einkalkuliert. Eine genaue Schätzung der mittelbaren Kosten kann im Augenblick noch nicht gegeben werden. Diese Kosten erreichen aber bei weitem nicht diesen Satz, der für die unmittelbaren Kosten sich ergeben wird.

Präsident Engel: Werden von anderen Abgeordneten Zusatzfragen gestellt?

Bitte, Herr Friedrichs!

Abg. **Friedrichs** (CDU): Frau Bürgermeister, weshalb hatten Sie in der Deputationssitzung vom 28. Oktober 1969, also vor noch nicht einmal mehr als fünf Monaten, nicht über Ihren Schatten springen und dem Antrag der CDU auf eine stärkere Erhöhung der Hebesätze folgen können, sondern es sich vielmehr um einen Betrag von letzlich 1 DM handelte und es damit doch entgegen unserer Warnung zu einem Kleckern mit einer wahrscheinlichen Erhöhung nach wenigen Monaten, wie Sie jetzt zugeben, und der damit verbundenen Beunruhigung kommen lassen?

Präsident Engel: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Voraussetzung zu der sich im Bundesgebiet ergebenen generellen Anhebung sind Bedarfsschemen, die errechnet worden sind. Ich habe seinerzeit in der Deputation bereits darauf hingewiesen, daß dieses Schema, erarbeitet vom Deutschen Verein, noch nicht vorliegt, und zwar noch nicht abgeschlossen vorliegt, daß die Deputation und die Bürgerschaft bei Abschluß dieser wissenschaftlichen Berechnungen des Bedarfsschemas zu einer neuen Regelung kommen müßte, daß die jetzige Bemühung zum 1. 1. 1970 sich nur gründen könne auf die festgelegte Bedarfsschemenrechnung von 1961 beziehungsweise zusätzliche Beträge, um die durch Preissteigerungen sich ergebenden weitergehenden Erschwernisse.

Präsident Engel: Das Ausnutzungsrecht für die zweite zusätzliche Frage hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Frau Bürgermeister, haben Sie die Absicht, ab Juli die Renten dann zu dynamisieren?

Präsident Engel: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Nein, sehr verehrte Frau Kruse, ich glaube, Sie meinen hier die Eckregelsätze der Sozialhilfe.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Die Sozialhilfe! Es stand gestern in der Zeitung, daß Sie diese Absicht haben.

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Nein, das ist ein Mißverständnis der Zeitung gewesen. Es gibt die dynamische Rente, aber es ist keine Möglichkeit gegeben, und es wird sie auch nicht geben, eine Dynamisierung der Regelsätze der Sozialhilfe zu entwickeln, weil sie völlig andere Grundvoraussetzungen für andere Leistungsträger hat.

Präsident Engel: Ich danke Ihnen, Frau Bürgermeister Mevissen.

Wir kommen nun zur dritten Frage. Diese beschäftigt sich mit dem Senatsbeschluß zur Konjunkturstabilisierung und Begrenzung des Preisanstiegs. Sie ist unterschrieben von dem Abgeordneten Herrn Filzen und CDU-Fraktion. Herr Filzen, würden Sie bitte die Frage stellen.

Abg. **Filzen** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie will der Senat seinen Beschluß vom 10. 2. 1970 zur Konjunkturstabilisierung und Begrenzung des Preisanstiegs durchführen, ohne damit den Bau des Container-Terminals in Bremerhaven und das Sanierungsprogramm für die Schulen zu gefährden?

Präsident Engel: Darf ich Sie bitten, Herr Senator Speckmann, die Frage zu beantworten.

Senator für die Finanzen Speckmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen des Senats beantworte ich die Frage wie folgt:

Der Senat hat gemäß den Empfehlungen des Konjunkturrats und des Finanzplanungsrats mit Zustimmung der Finanzdeputation die für die konjunkturgerechte Gestaltung der bremischen Haushalte 1970 notwendigen restriktiven Maßnahmen für den Haushaltsvollzug beschlossen. Von diesen restriktiven Maßnahmen werden weder der Bau des Container-Terminals in Bremerhaven noch die Sanierung von Schulgebäuden betroffen. Die angeordnete Sperrung von Ausgabemitteln für Baumaßnahmen wird sich im wesentlichen im zweiten Halbjahr 1970 und im ersten Halbjahr 1971 auswirken.

Präsident Engel: Wünschen Sie eine Zusatzfrage zu stellen, Herr Filzen? — Bitte!

Abg. **Filzen** (CDU): Eine Zusatzfrage, Herr Senator: Wann ist denn der Einsatz der in der Koalitionsabsprache vorgesehenen Mittel von etwa 15 Millionen DM für den Container-Terminal und für den Schulbau vorgesehen?

Präsident Engel: Bitte, Herr Senator!

Senator Speckmann: Der Einsatz wird nach Baufortschritt, beginnend wahrscheinlich in der zweiten Hälfte dieses Jahres, wirksam werden, so daß wir beim Abfluß der entsprechenden Kassenmittel damit rechnen können, daß dies in eine konjunkturpolitische Phase hineingerät, die dem entspricht, was die Bundesregierung im Rahmen ihrer konjunkturpolitischen Maßnahmen beschlossen hat.

Präsident Engel: Eine weitere Frage, Herr Filzen? — Bitte!

Abg. **Filzen** (CDU): Muß unter diesen Umständen damit gerechnet werden, daß die jetzt auf das zweite Halbjahr zurückgezogenen Baumaßnahmen in einer Höhe von etwa 100 Millionen DM dann um ein weiteres halbes Jahr verschoben werden müssen, damit nicht eine Ballung wieder im zweiten Halbjahr entsteht?

Präsident Engel: Bitte, Herr Senator!

Senator Speckmann: Sehr verehrter Herr Filzen, das hängt sehr wesentlich davon ab, wie die weitere konjunkturelle Entwicklung sich vollzieht und wie die Maßnahmen der Bundesregierung und der Bundesbank sich auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

Abg. **Filzen** (CDU): Ich bedanke mich!

Präsident Engel: Werden von anderen Abgeordneten Zusatzfragen gestellt? — Bitte, Herr Abgeordneter Kiene!

Abg. **Kiene** (SPD): Wir fragen den Senat: Ist der Senat der Auffassung, daß die Behandlung dieser Frage der wirtschaftlichen Entwicklung Bremerhavens förderlich ist?

Präsident Engel: Bitte, Herr Senator!

Senator Speckmann: Das ist eine sehr diffizile Frage. Ich glaube, diese Frage hat der Präsident des Senats bereits durch einen Brief an den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion beantwortet.

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Horst-Werner Franke, es ist bei uns ein Mißverständnis aufgetaucht. Sie waren aufgestanden. Soll das bedeuten, daß Sie eine Zusatzfrage stellen wollen?

(Abg. F r a n k e [SPD]: Nein, nein!)

Wird eine weitere Zusatzfrage aus dem Hause gestellt? — Das ist nicht der Fall. Dann ist auch diese Frage erledigt.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Senator Speckmann.

Die vierte Frage beschäftigt sich mit der Autobahn Bremen—Bremerhaven.

Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Schäfer, Filzen und CDU-Fraktion.

Wollen Sie bitte die Frage stellen, Herr Dr. Schäfer!

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Sind Befürchtungen berechtigt, daß der Autobahnbau auf niedersächsischem Gebiet zwischen Bremen und Bremerhaven in Verzug geraten ist und damit eine Inbetriebnahme verzögert wird?

Präsident Engel: Die Frage wird beantwortet durch Herrn Senator Seifriz.

Bitte, Herr Senator!

Senator für das Bauwesen Seifriz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet Ihre Frage wie folgt:

Anläßlich der Besichtigung von Bauarbeiten an Bundesfernstraßen durch den Herrn Bundesminister für Verkehr am 20. Mai 1969 in Bremen und Niedersachsen hat das niedersächsische Verwaltungsamt Straßenbau als voraussichtlichen Freigabetermin für die Autobahnstrecke zwischen dem Verteilerkreis Bremen-Nord und der B 71 im Süden von Bremerhaven Ende 1973 angegeben. Bei einer Rückfrage bei der zuständigen Stelle in Hannover in den letzten

Tagen, dem Landesverwaltungsamt, wurde bestätigt, daß sich an diesem voraussichtlichen Fertigstellungstermin bisher nichts geändert hat.

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zusatzfrage stellen, Herr Dr. Schäfer? — Bitte!

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Kann der Senat über die gemeinsame Planungsgemeinschaft im Hinblick auf die lebensgefährdende Belastung der B 6 eine Beschleunigung der Arbeiten bewirken?

Präsident Engel: Bitte, Herr Senator!

Senator Seifriz: Die Koordinierung der Beratungen und zu einem Teil auch der Arbeiten gewährleisten, daß hier so schnell gearbeitet wird als nur irgend möglich.

Präsident Engel: Eine weitere Frage? — Bitte!

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Ist dem Senat bekannt, daß ursprünglich die Freigabe der Autobahn nach Bremerhaven Ende 1971 / Anfang 1972 vorgesehen war?

Präsident Engel: Bitte, Herr Senator!

Senator Seifriz: Es hat einmal einen solchen vorläufigen Termin gegeben, bevor man alle Schwierigkeiten erkannt hat, die sich aus den Bodenverhältnissen und aus den Grundstücksverhältnissen ergeben. Es ist wirklich mit Hochdruck von allen beteiligten Stellen daran gearbeitet worden, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Ich muß einmal, wenn Sie mir das erlauben, lobend die gute Zusammenarbeit der Ämter der Länder mit der Bundesstraßenbauverwaltung erwähnen.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Danke schön!

Präsident Engel: Werden aus dem Hause Zusatzfragen gestellt?

Zu einer Frage hat der Abgeordnete Fichtner das Wort.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Senator, darf angenommen werden, daß die undurchsichtigen Regierungsverhältnisse in Hannover eine Verzögerung dieser Bauarbeiten verursachen können?

(Heiterkeit und Zurufe)

Präsident Engel: Bitte, Herr Senator!

Senator Seifriz: Ohne in eine Wertung darin eintreten zu wollen, wie undurchsichtig die Regierungsverhältnisse in Hannover sind — ich halte sie für einigermaßen durchsichtig —, kann ich doch sagen, daß die mit der Arbeit unmittelbar befaßten Stellen zügig arbeiten, unbeeinflußt von den Schwierigkeiten, von denen Sie eben sprachen.

Präsident Engel: Werden weitere Zusatzfragen aus dem Hause gestellt? — Das ist nicht der Fall. — Damit ist auch dieser Punkt abgeschlossen.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Seifriz.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. Februar 1970:

Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts (Drucksachenabteilung I Nr. 97) 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 18. Februar 1970 das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur 2. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. März 1970:

Gesetz über die Aufhebung des Gesetzes über die Entgegennahme und Aufnahme von eidesstattlichen Erklärungen durch die für das Flüchtlingswesen zuständigen Behörden (Drucksachenabteilung I Nr. 99) 1. Lesung

Der Senat überreicht den vorliegenden Gesetzentwurf mit der Bitte um Beschlußfassung und gibt dazu die in der Mitteilung enthaltene Begründung.

Die Deputation für das Wohlfahrtswesen hat dem Entwurf in ihrer Sitzung am 5. Februar 1970 zugestimmt.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz über die Aufhebung des Gesetzes über die Entgegennahme und Aufnahme von eidesstattlichen Erklärungen durch die für das Flüchtlingswesen zuständigen Behörden in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Bericht des nichtständigen Ausschusses zur Vorbereitung eines Hochschulgesetzes über den in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 28. Januar 1970 beschlossenen Erweiterungsauftrag (Drucksachenabteilung III Nr. 19)

Interfraktionell wurde vereinbart, hiermit zu verbinden:

Antrag: Stellungnahme des Senats zu den Ausführungen der Studentenvertreter beim Gründungssenat der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 340)

Dazu Herr Senator T h a p e .

Der nichtständige Ausschuß zur Vorbereitung eines Hochschulgesetzes legt einen Bericht über den in der Sitzung am 28. Januar 1970 beschlossenen Erweiterungsauftrag vor.

Der unter Punkt 9 der Tagesordnung aufgeführte Antrag ist von dem Abgeordneten B r o u w e r und NPD-Fraktion unterzeichnet. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor und hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft (Landtag) die Stellungnahme des Senats zu den Ausführungen der Studentenvertreter beim Gründungssenat der Bremer Universität zu geben."

Die Beratung ist eröffnet.

Ist vom Ausschuß ein Berichterstatter benannt worden? Soll mündlicher Bericht erstattet werden? — Das ist nicht der Fall.

Wer begründet den Antrag der NPD-Fraktion?

Das Wort hat der Abgeordnete Vorsatz.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, darf ich eine grundsätzliche Genehmigung zum Zitat erbitten?

Präsident Engel: Zum Zitat ja. Nur, ich will Ihnen ganz offen sagen, Herr Vorsatz, ich werde in Zukunft wortwörtliche Ablesungen bedingungslos unterbinden.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Praktisch wird seit mehr als zehn Jahren die bremische Universität gegründet. Besonders nun in den letzten Monaten, und zwar im Zusammenhang mit dem Scheitern auch des zweiten Gründungssenats, wogt die Diskussion hin und her, und wir werden beinahe täglich mit den verschiedensten Stellungnahmen der verschiedensten Beteiligten überrascht.

Aus diesem Grunde, und, wie ich meine, in Anbetracht der Trostlosigkeit des erreichten Zustands der Gründung der Universität Bremen wird es sicher vom gesamten Hause begrüßt, daß im Zusammenhang mit dem Bericht des nichtständigen Ausschusses und im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag der NPD-Fraktion dieses Thema dort erörtert wird, wo die politische Verantwortung für die Gründung der Universität Bremen liegt, nämlich im Plenum der Bremischen Bürgerschaft.

(Abg. J o h n [FDP]: Mit Hochschulanträgen der NPD haben wir schlechte Erfahrungen gemacht!)

Als der erste Gründungssenat in Bremen zurücktrat, wurde von den damaligen Professoren dem Bildungssenator „ein tiefgreifendes Verkennen und Mißverstehens des Wesens der Universität" vorgeworfen. Seitdem werkelt man an dem mit außerordentlich viel Vorschußlorbeeren bedachten „Bremer Modell" herum, das heißt einem in der Bundesrepublik erstmalig paritätisch besetzten Gründungsausschuß, bestehend, wie Sie wissen, aus 6 Professoren und Dozenten, 3 Assistenten und 3 Studenten. Neben diesem Gründungssenat stehen die drittelparitätisch zusammengesetzten Fachbereichskommissionen und die halbparitätisch zusammengesetzten Studienkommissionen. Diese Paritäten sollten offensichtlich nach Aussage der Beteiligten das non plus ultra hochschulpolitischer Vorstellungen und hochschulpolitischen Fortschritts sein. Hier wäre aber zunächst einmal, wie ich meine, einiges zum Sinn und Unsinn paritätischer Beteiligungen überhaupt zu sagen.

Die Hochschulen sind unserer Meinung nach Einrichtungen der staatlich verfaßten Gesellschaft, und sie haben auf ihre besondere Art und Weise diese Werte zu verwirklichen. Reformen sind unserer Meinung nach nur dann sinnvoll, wenn sie die Hochschulen und Universitäten in den Stand setzen, ihre entsprechenden Aufgaben besser wahrzunehmen, als es vor einer Reform der Fall gewesen ist. Nach unserer Überzeugung bedeutet dieses, daß die Forderungen der Gesellschaft von der demokratischen Repräsentanz des Volkes, also von dem jeweiligen Parlament, nicht dagegen einseitig von bestimmten Gruppierungen, meinethalben von Studenten oder, schlimmer noch, von Minderheiten von Studenten definiert werden.

Dieses bedeutet aber, daß Anhörung und Mitbestimmung der einzelnen Gruppierungen in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer jeweiligen Qualifikation zu stehen haben. Die Allgemeinheit hat oder sie sollte ein hohes Interesse daran haben, daß Forschungsmöglichkeiten richtig genutzt werden, und daß diejenigen, die sich auf gesellschaftlich wichtige Berufe vorbereiten, auch die entsprechenden Ausbildungsmöglichkeiten an unseren Hochschulen und Universitäten finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Aufgabe wurde bislang maßgeblich an den deutschen Universitäten von den beamteten Professoren wahrgenommen, und dafür gab und dafür gibt es auch viele gute Gründe. Ein Professor muß eine hohe wissenschaftliche Qualifikation nachgewiesen haben, ehe er in seine Stellung vom Staat berufen wird.

(Abg. J o h n [FDP]: Bestreitet niemand!)

Er muß aber auch Kraft seines Dienstverhältnisses für Fehler, die er begeht, zur Verantwortung gezogen werden können, und zwar von der Schadenersatzpflicht über die Disziplinarstrafe bis hin zur möglichen Entlassung.

Demgegenüber ist die Zugehörigkeit der Studenten zur Universität vergleichsweise kurz, und die Zugehörigkeit der Studenten zu Organen der akademischen Selbstverwaltung noch relativ viel kürzer. Meine sehr verehrten Damen und Herren, für kollektive Fehlentscheidungen, die in bestimmten Gremien

getroffen werden, kann zumindest ein Student nicht zur Rechenschaft gezogen werden, denn der Student unterliegt keiner dienstrechtlichen Verantwortung der Hochschule oder dem Staat gegenüber.

Diese wenigen Argumente mögen zumindest die Schwierigkeiten paritätischer Besetzungen aufzeigen. Meine Damen und Herren, ich kann es vielleicht noch etwas deutlicher sagen mit einem Zitat des Berliner Politologen Professor Löwenthal, von dem ich glaube, daß er ein Freund des Bundeskanzlers Willy Brandt ist, der dazu gesagt hat:

„Ich glaube, daß es richtig ist, daß alle Hochschulangehörigen ein Mitbestimmungsrecht haben müssen, und daß in diesem beschränkten Sinn Demokratisierung sinnvoll ist. Ich glaube aber, daß in einem weitergehenden Sinne eine Universität ebenso wenig demokratisiert werden kann wie andere Institutionen, etwa eine Zeitung oder ein Betrieb. Ich glaube, daß die Universität als Ort der Forschung und Lehre ihre eigenen Maßstäbe und ihre eigene durch diese Maßstäbe bestimmte Hierarchie hat, und daß der Aufbau einer Universität ausschließlich als Kollektiv von Interessengrupen auf einem radikalen Mißverständnis dessen beruht, was eine Universität ist."

Soweit das Zitat des Politologen Professor Löwenthal, eine Ansicht eines gewiß nicht reaktionären oder konservativen Wissenschaftlers, die man auch in Bremen zur Kenntnis nehmen sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ob man es nun sehen will oder ob man es nicht wahrhaben will, so kann und, meine ich, muß doch heute in aller Eindeutigkeit klargestellt werden, daß das „Bremer Modell" gescheitert ist und daß es bei gleicher Zusammensetzung auch in Zukunft scheitern wird, es sei denn, man gebe sich damit zufrieden, daß das „Bremer Modell" das Modell einer revolutionären Räteorganisation ist, und daß man dieses hinzunehmen bereit ist.

Ich darf noch eines dazu sagen: Dieses Scheitern erscheint uns um so problematischer, als doch, wie ich meine, jeder in diesem Hause zugeben muß, daß doch zum Beispiel Professor Killy kein reaktionärer Hochschullehrer ist, sondern eine durchaus linksliberal profilierte Persönlichkeit, die weitgehenden Reformen durchaus zugeneigt war und nach wie vor ist. Wenn ein solcher Mann wie Professor Killy den Vorwurf hinnehmen muß, ein Faschist zu sein, dann zeigt das doch wohl eindeutig, welche Phase roter ideologischer Traumtänzerei hier in Bremen erreicht worden ist.

(Abg. Klein [CDU]: Das war schön gesagt! — Beifall bei der NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als nach dem Scheitern des zweiten Gründungssenats die Vertreter der Studenten erklärten — und darauf zielt ja unser Antrag —, wir Studenten im Gründungssenat haben nie daran einen Zweifel gelassen, daß wir die Mitarbeit in Bremen als Teil einer sozialistischen Hochschulpolitik verstehen, wir haben versucht und werden weiter dafür sorgen, daß Vorschläge studentischer Kollektive, Basis-Gruppen und roter Zellen in die Arbeit der Fachbereichskommissionen einbezogen werden, löste diese Erklärung in Bremen einiges Entsetzen aus.

Meine Damen und Herren, warum eigentlich? Der nichtständige Ausschuß der Bürgerschaft faßte am 9. Februar den Ihnen in Drucksache 19 vorliegenden Beschluß. Ende Januar begrüßte die Konferenz des VDS in Göttingen diesen Beschluß der Bremischen Bürgerschaft als ein politisches Bekenntnis zum „Bremer Modell" einer demokratisch kontrollierten Universitätsgründung.

Man muß sich manchmal wundern, mit wieviel Blindheit verantwortliche Politiker geschlagen sind, denn dieses Lob des VDS für den Ausschuß der Bürgerschaft kommt immerhin von einem Verband, von dem am 26. März 1969 die Bundesregierung erklärte, er sei in eine antidemokratische Kampforganisation umfunktioniert,

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Wie die NPD!)

und das Strukturmodell des VDS sehe eine revolutionäre Räteorganisation vor. Und mit dieser Begründung eines antidemokratischen Kampfverbandes und einer revolutionären Räteorganisation stellte die Bundesregierung jede Unterstützung für den VDS im März 1969 ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Verdeutlichung sei hier zitiert, wie dieses Strukturmodell nach der Verlautbarung des VDS vom März 1969 aussieht. Wörtlich: „Die Organisation des Widerstandes gegen die autoritäre Formierung der westdeutschen Universitäten wird jetzt bestimmt durch das Infragestellen der Verwertungszusammenhänge von Wissenschaft, den Versuch, im Angriff auf die Ordinarien-Universität den Herrschenden die Verfügungsgewalt über Inhalte, Organisation von Wissenschaft und deren Träger zu entziehen. Zugleich bedeutet Widerstand die Organisation eines Wissenschaftsbetriebes, der den Studenten die Möglichkeit gibt, sich in ihrem Studium für eine Revolutionierung der Gesellschaft auszubilden". — Und an anderer Stelle dessen heißt es: „Einleiten einer umfassenden Politisierung der Ausbildungs- und Forschungsbereiche, in denen Hochschulrevolte sich erst entwickelt."

Die Studentenvertreter im Gründungssenat, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind alle miteinander von diesem antidemokratischen Kampfverband VDS nominiert worden und am 13. August 1969 vom Senat bestätigt. Welche Haltung hat man an maßgeblicher Stelle in Bremen eigentlich von den Kandidaten des VDS im Gründungssenat erwartet? Mir persönlich wäre es außerordentlich peinlich gewesen, an einem Beschluß der Bürgerschaft mitgewirkt zu haben, der von diesem antidemokratischen Kampfverband hinterher gelobt wird. Aber bis zu dieser Erkenntnis hat es bei den beteiligten Politikern in der Bremischen Bürgerschaft offensichtlich zumindest bis Januar nicht gereicht.

Bei der Beleuchtung dieser Dinge, meine sehr verehrten Damen und Herren, stoßen wir auf einen weiteren wunden Punkt des „Bremer Modells". Offensichtlich geht und ging es einigen Vertretern im Gründungssenat nicht um den schnellstmöglichen Aufbau einer Leistungsuniversität durchaus neuen Stils, sondern um die Durchsetzung ideologischer Prinzipien. Folgerichtig haben die Vertreter der Studenten schon im September 1968 erklärt, daß sie selbstverständlich innerhalb des Gründungssenats ein Mandat des VDS wahrnehmen. Das Ergebnis ist bekannt.

Professor Killy sagte abschließend dazu in der „Zeit", „daß in den Verhandlungen die Erfordernisse von Geistestätigkeit und Qualität keine Rolle spielten, wohl aber Institutionen und Formalitäten". Professor Leitherer stellte nach dem Scheitern fest, daß das Modell „einer neuen Universität dann nicht in gemeinsamer Arbeit gefunden werden kann, wenn von Gremien im Hintergrund vorfixierte Pläne zur Annahme gestellt werden".

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da ist nun nicht daran zu deuteln: Dies sind ganz ohne Frage die Ergebnisse des vielgerühmten „Bremer Modells", das zum Scheitern auch des zweiten Gründungssenats geführt hat. Aber anstatt nun daraus jetzt wenigstens die Konsequenzen zu ziehen, erklärt der Senat Anfang März dieses Jahres, für die Neubesetzung des Gründungssenats sei eine grundsätzliche Voraussetzung das Bekenntnis zum „Bremer Modell".

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muß sich dazu verdeutlichen, was das letzte auslösende Moment beim Auseinanderfall des Gründungssenats gewesen ist. Auf die Initiative der Studentenvertreter im Gründungssenat waren im Februar 1969 die sogenannten Fachbereichskommissionen akzeptiert worden, die ihrerseits den Gründungssenat beraten und drittelparitätisch besetzt sind. Auf Vorschlag der Studenten sollen hauptamtlich einzustellende Hochschullehrer von diesen drittelparitätisch besetzten Fachbereichskommissionen abgewählt werden können.

Professor Killy sagte dazu: „Hatte man sich schon vorher monatelang die Köpfe an der Frage heißgeredet, mit welcher Mehrheit ein Rektor abzuwählen, nicht aber, wie er zu gewinnen sei, so ging es jetzt um die Abwählbarkeit der Mitglieder jenes Teams." Sie sollte, wurde gefordert, auf Vorschlag der Fachbereichskommissionen erfolgen, denen — so Professor Killy wörtlich — „eine räteartige Machtsteigerung zugedacht war". Und Professor Leitherer stellte in diesem Zusammenhang ungewöhnlich zutreffend fest, daß bei einer solchen Lösung im schlimmsten Falle nach Bremen wissenschaftlich halbgebildete Verbandsfunktionäre zu holen wären, die sich dann gegenseitig Titel verliehen. Und er sagte weiter, schlechte Leute würden weitere schlechte nach sich ziehen. Und er stellt fest, daß damit das Experiment eines paritätisch zusammengesetzten Gründungsausschusses fehlgeschlagen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum sollen wir Bremer aus Beispielen nicht lernen? Wer verargt es uns, zum Beispiel einen Blick auf die Zustände an der Freien Universität in Berlin zu werfen, wo bestimmte Dinge heute schon durchgeführt sind und in der Praxis exerziert werden,

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Und?)

und wo wissenschaftlich qualifizierte Leute heute in zunehmendem Maße abwandern und eine Umfrage der Allensbacher ergeben hat, daß heute 75 Prozent der Professoren, 52 Prozent der Dozenten und 56 Prozent der Studenten die Zukunft der Freien Universität Berlin außerordentlich skeptisch beurteilen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir meinen, das sind Dinge, die wir uns auch in Bremen einmal ernsthaft überlegen sollten, wenn angesichts dieses — verzeihen Sie den harten Ausdruck —, dieses Scherbenhaufens in Bremen das Festhalten an der Illusion des „Bremer Modells" gerechtfertigt werden soll. Es ist mir schleierhaft, mit welcher Begründung man das noch tun will. Es sei denn, man entschließt sich hier in diesem Hause nunmehr für das Strukturmodell der Studenten und sucht sich dann Professoren, die bereit sind, dieses makabre Spiel weiter mitzuspielen. Aber dann stehen wir natürlich tatsächlich in absehbarer Zeit vor dem Modell, und das sei Ihnen hier gesagt, einer roten Räteuniversität in Bremen. Und dieses soll heute mit aller Eindeutigkeit hier aufgezeigt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich in der „Deutschen Universitätszeitung" lese, daß der Studentenvertreter Gerd Hinnerk Behlmer gegenüber der „Deutschen Universitätszeitung" erklärt, es sei aus gewissen Kreisen ein entsprechendes Ansinnen an sie herangetragen worden, Professoren zu suchen, man habe sich aber geweigert, in dieser Hinsicht etwas zu unternehmen, ehe nicht ein entsprechender Auftrag des politischen Senats an sie ergangen sei, dann darf ich wohl sagen, daß mir dieses in dieser Richtung einiges zu denken gibt. Und wenn Herr Senator Thape in diesem Zusammenhang ausgerechnet mit Herrn Professor Peter von Oertzen Vorgespräche führt, so kann das unser diesbezügliches Mißtrauen nur außerordentlich verschärfen.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Darf man denn noch nicht einmal Verbindungen aufnehmen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind der Auffassung, daß nach dem Scheitern auch des zweiten Gründungssenats der Universität Bremen die Pflicht für den Staat und für dieses Parlament besteht, zu handeln. So meine ich, man könnte durchaus auch andere Wege gehen als das berühmte „Bremer Modell". Zum Beispiel — und das sei hier nur als ein Beispiel erwähnt — wie ihn der Strukturausschuß der Universität Trier/Kaiserslautern geht.

(Lachen bei SPD und FDP)

Diesem Strukturausschuß — Herr von Groeling-Müller, ich weiß, daß Sie sich gern erheitern, aber

wir wissen das ja alle, und das sei Ihnen zugebilligt — der Universität Trier/Kaiserslautern

(Abg. Ströh [SPD]: Das ist ja auch zum Lachen! — Abg. John [FDP]: Sie tragen ja dazu bei, Herr Vorsatz, das ist es doch!)

gehört ein Vertreter des Bundeswissenschaftsministeriums an, es gehört ihm an der Kultusminister von Rheinland-Pfalz, es gehören ihm an 19 Professoren, drei Assistenten und fünf Studenten. Über die Zusammensetzung kann man durchaus reden. Aber obwohl die Gründung der Universität Trier/Kaiserslautern erst seit Sommer 1969 betrieben wird, scheint heute festzustehen, daß der Lehrbetrieb dort dann schon aufgenommen wird, wenn man sich in Bremen noch über das „Bremer Modell" streitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, indem ich Sie bitte, unserem Antrag auf Stellungnahme des Senats zu den Ausführungen der Studentenvertreter zu folgen, darf ich diese Begründung mit einem sicherlich, wie ich meine, treffenden Zitat der „Frankfurter Allgemeinen" vom 9. 2. 1970 geben,

(Abg. Ströh [SPD]: Darauf habe ich schon gewartet!)

wo steht — dann haben Sie zu Recht gewartet, Herr Ströh —: „Das Bremer Debakel ist keine Lokalaffäre: Wenn Zehntausende von Abiturienten nicht studieren können, weil Studienplätze fehlen, kann man nicht länger einem illusionären ‚Bremer Modell' nachjagen. Die Bremer erkennen gar nicht, daß sie damit ihre Universität den radikalen Studenten und Assistenten ausliefern, die nun neue ihnen genehme Habilitierte für den Gründungssenat suchen. Nicht nur die Sozialdemokraten haben in Bremen einen Ruf zu verlieren."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Schlußfolgerung kann ich nur beitreten mit dem besonderen Blick auf die Fraktionen der FDP und CDU. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD — Abg. John [FDP]: Ihre Nachbarschaft suchen wir nun wirklich nicht! — Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Vorsatz, ich habe Sie nicht unterbrochen. Sie haben aber die Verpflichtung übernommen, Ihren Antrag zu begründen. Diese Begründung war meiner Ansicht nach sehr dürftig in Ihren Ausführungen. Sie haben, ohne die angeforderte Stellungnahme des Senats zu kennen, sich verbreitert über Ihre allgemeinen Ansichten des Problems. Vielleicht darf ich die Bitte aussprechen, daß Sie in Zukunft die Dinge etwas anders aufzäumen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Vielen Dank, Herr Präsident, ich hielt es für ausreichend!)

Das Wort hat der Abgeordnete Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, das Hohe Haus sollte ruhig über die dürftige Begründung von Herrn Vorsatz glücklich sein. Ich bin über das, was Herr Vorsatz gesagt hat, insofern auch nicht traurig, weil wir heute angesichts unserer Zuhörer, denn wir legen ja Wert auf öffentliche Selbstdarstellung — —

(Abg. Stern [NPD]: Seit wann ist es denn üblich, Herr Franke, daß man sich auf die Zuhörer bezieht? — Glocke)

Präsident Engel: Herr Stern, Sie werden im Laufe der Jahre gemerkt haben, daß ich mich innerlich immer über die große Zahl der Zuhörer bei uns freue. Ich glaube, unser aller Gedanke ist doch, daß der Zuhörer mit etwas Gewinn von uns scheidet.

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Franke** (SPD): Wie aber auch immer, ich glaube jedenfalls, aus dem, was Herr Vorsatz uns hier vorgetragen hat, ist Gewinn zu ziehen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das hoffe ich!)

Gewinn nämlich in der Hinsicht, daß Herr Vorsatz sehr deutlich gemacht hat, was wir immer vermutet haben, daß es der NPD unmöglich ist, einem Modell einer Universitätsgründung beizutreten, das wir das „Bremer Modell" uns zu nennen angewöhnt haben, und das sicherlich ursprünglich, weil es von Göttingen kam, ein Göttinger Modell gewesen ist. Daß dieses „Bremer Modell" heute von Ihnen abgelehnt worden ist, ist sozusagen NPD-immanent. Denn was besagt denn das „Bremer Modell", Herr Vorsatz? Das „Bremer Modell" besagt,

(Zuruf von der NPD: Ist im Eimer! — Abg. John [FDP]: Sie kennen es doch nicht einmal, Herr Fichtner!)

daß wir bei der Universitätsgründung uns auf die Konfliktsituation, in der wir uns heute in unserer Gesellschaft befinden, einstellen. Das heißt, wir gründen eine Universität unter Bejahung dessen, daß es zwischen den beteiligten Gruppen, die heute eine Universität immer noch tragen müssen — nämlich Professoren, Assistenten und Studenten —, Konflikte gibt.

Wir sind im übrigen nicht traurig darüber, daß es Konflikte gibt, denn wir meinen, daß eine Gesellschaft, die in einer Umbruchsituation ist, die Bundesrepublik ist es in mancher Hinsicht, ohne daß gleich, Herr Vorsatz, die Räterepublik um die Ecke schaut. Umbruch muß nicht gleich der Weg in die roten Räte sein, sondern Umbruch kann auch demokratische Progression sein.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Donnerschlag!)

Wir befinden uns also in einer Situation, die eine Vorwärtsentwicklung in unserer Gesellschaft mit sich bringt, und dabei geht es nicht ohne Konflikte. Und nun waren die Bremer so verwegen zu sagen, ihre Universitätsgründung kann nicht vollzogen werden unter Ausklammerung dieser Konflikte.

Just das, Herr Vorsatz, ist es, was die NPD wünscht. Sie will die konfliktlose Ordnungszelle Universität, wo alles fein nach den Werten, die für

unsere Gesellschaft verbindlich zu sein haben, geregelt wird.

(Abg. John [FDP]: Gegen Zellenleiter hätten sie vielleicht auch nichts! — Lachen bei der SPD — Abg. Fichtner [NPD]: Zellenleiter Mao!)

Und das Bild, das sich jetzt in dem Gründungssenat Ihnen darbietet, dieses Bild, daß dort keine konformistische Übereinstimmung, kein konformistisches Selbstverständnis auf sogenannten tragenden Werten vorherrscht, sondern daß man dort sehr wohl sich in Konflikten festbeißt, die unter Umständen auch zum Auszug einer Gruppe führen, dieses Bild, Herr Vorsatz, verwirrt Sie. Nun, das nimmt Ihnen keiner übel, denn Ihre Partei ist nun einmal ein wenig zu spät gekommen, um mit der modernen Gesellschaftsentwicklung noch fertig zu werden.

(Beifall bei der SPD — Abg. Vorsatz [NPD]: Für Sie immer noch früh genug; für Sie nicht zu spät!)

Wir aber, Herr Vorsatz, sind nicht gesonnen, von unserem Demokratieverhältnis, von unserem Gesellschaftsverständnis her zu sagen, weil es diese Konflikte im Gründungssenat gibt, weil es zum Auszug von Gruppen gekommen ist, deswegen wird also das „Bremer Modell" ad acta gelegt, und deswegen wird künftighin in Bremen nach dem Muster einer konformen Gruppendiskussion gegründet.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Traumtänzerei, das sagte ich doch!)

So, Herr Vorsatz, nicht! Wir haben die Arbeit im Gründungssenat sehr sorgfältig beobachtet. Eine Beobachtung übrigens, die Ihnen auch sehr gut angestanden hätte. Wenn Sie nämlich die mehr als 30 Sitzungen des Gründungssenats verfolgt hätten, dann, Herr Vorsatz, hätten Sie an keiner Stelle von den „roten Räterepublikanern" gesprochen, die im Gründungssenat nur ihre ideologischen Aufträge vollziehen und an einer effektiven Aufbau- und Gründungsarbeit im Senat nicht interessiert sind. Denn in den mehr als 30 Sitzungen ist wirklich effektive Arbeit in diesem Gründungssenat geleistet worden. Und es ist einfach eine Diffamierung der beteiligten Gruppen, wenn man ihnen heute hier an dieser Stelle im Parlament bescheinigt, daß sie nichts anderes getan haben, als außengesteuerte Befehle zu vollziehen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das hat Professor Killy gesagt! — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das hat der Professor nicht gesagt!)

Das hat auch Killy nicht gesagt!

Herr Vorsatz, es ist dabei sehr pikant, daß gerade die NPD von antidemokratischen Kampfverbänden spricht. Antidemokratische Kampfverbände — und das hier entrüstet mit dem Blick auf die anderen —, ich meine, Herr Vorsatz, wir haben alle noch das Bild von Kassel vor uns. Wir haben noch manches vor Augen,

(Abg. Brouwer [NPD]: Ach du lieber Gott!)

und Sie haben hier kein Recht, von antidemokratischen Kampfverbänden zu sprechen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Fricke macht doch seinen Hutladen zu!)

Das „Bremer Modell" hat uns eine einzige Lehre mit auf den Weg gegeben, die Lehre nämlich, daß wir künftighin Vorsorge treffen müssen, daß Entscheidungsschwierigkeiten im Gründungssenat aus dem staatlichen Raum mit überwunden werden müssen. Und dafür werden wir im Universitätserrichtungsgesetz Sorge tragen. Das „Bremer Modell" aber hat uns nicht die Lehre auf den Weg mitgegeben, daß es heute unmöglich ist, unter Beteiligung der Gruppen in der entsprechenden Parität eine Universität zu gründen. Es wäre zu vorschnell, meine Damen und Herren, in der heutigen Situation, wo wir an allen Universitäten, auch an den bestehenden, weiß Gott keine einfache Situation haben, wo wir alle immer wieder auf die Unruhe an den bestehenden Universitäten hingewiesen sind, wo jede gewachsene Universität ihre Erschütterungen zu verzeichnen hat, es wäre vermessen, heute davon zu sprechen, eine Universität sozusagen unter der Käseglocke im Windschutzraum zu gründen.

Wir können unsere Universität nur gründen unter der Bejahung des Konflikts auch am Anfang. Wir werden nur eins tun müssen, wir werden diese Konflikte nicht so ausufern lassen dürfen, daß sie die Arbeit im Gründungssenat zu blockieren imstande sind. Dafür wird der Gesetzgeber Sorge tragen. Das ist das, was wir uns vorgenommen haben, und das ist unsere Lehre aus der zurückliegenden Arbeit des Gründungssenats.

(Abg. Fichtner [NPD]: Viel Glück dabei!)

Wir sagen nach wie vor ja zu diesem „Bremer Modell". Und Sie, meine Damen und Herren, werden erleben, daß dieses „Bremer Modell" in Bälde recht lebenskräftig sich wieder an die Arbeit begibt. Und Sie werden erleben, daß die Bremer Universität, die ja aus diesem Modell herauswächst, eine Universität sein wird, die von Anfang an im Gegeneinander und dem daraus resultierenden Miteinander ihrer Gruppen gewachsen ist, und die dann, wenn sie funktioniert, auf ausgetragenen Gruppenkonflikten aufbaut.

(Abg. Fichtner [NPD]: Hört sich wunderbar an!)

Kaiserslautern, meine Damen und Herren, Kaiserslautern hat seine Bewährungsprobe nämlich in dem Augenblick vor sich,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Wenn Sie anfängt!)

wo diese Universität ihre Arbeit aufnimmt, und dann

hat man nicht mehr fünf Studenten wie jetzt, sondern dann hat man den großen Block der Studierenden. Und glauben Sie denn, daß die Universität Kaiserslautern dann an den Konflikten vorbei kann, die heute für unsere Universitäten typisch sind, und die wir uns jetzt schon auszutragen anschicken? Wir werden einen freien Start haben, nachdem die beteiligten Gruppen sich zusammengerauft haben. Die anderen, die jetzt diese Konflikte ausklammern, kriegen sie doch aufgezwungen. Es sei denn, man geht einen Weg, den ich auch der NPD zutraue, daß man jetzt eine Gründung vollzieht unter Ausklammerung der Gruppenkonflikte — siehe Kaiserslauterer Modell —, und daß man dann in dem Augenblick, wo die Universität steht und man dann notwendigerweise die Konflikte noch hineinbekommt, mit den Mitteln eingreift, die der NPD von jeher sehr wohl zu Gesicht stehen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Frankfurt, nicht?)

Diese Mittel allerdings sind nicht die Mittel, mit denen die Sozialdemokratie Hochschulpolitik betreibt. Das, meine Damen und Herren, überlassen wir Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nun der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor wenigen Tagen noch waren wir in der FDP-Fraktion der Meinung, was soll eigentlich heute, am 18. März, schon wieder eine Hochschuldebatte, wenn wir gerade erst am 18. Januar hier eine über die Bühne gebracht haben. Aber wohlan, es ist so gekommen, und ich muß sagen, besonders nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Vorsatz bedauere ich es gar nicht, daß wir uns nun in dieser hochschulpolitischen Debatte befinden.

Herr Kollege Vorsatz, ich erinnere mich noch sehr gut an eine andere hochschulpolitische Debatte im vergangenen Jahr.

(Abg. Fichtner [NPD]: Bei Harjes!)

Nicht bei Harjes, sondern das war ganz woanders, das war hier in diesem Haus! Herr Kollege Fichtner, wenn Sie nicht zugehört haben oder nicht dabei waren, kann ich das nicht ändern. Da haben nämlich die Vertreter der NPD, insbesondere der Herr Kollege Vorsatz, die hochschulpolitischen Vorstellungen der NPD hier im Hause vorgetragen. Es ging um zwei Gesetzentwürfe. Der eine befaßte sich mit dem Hochschulwesen, der andere befaßte sich mit dem Fachhochschulwesen. Ich habe damals zu Ihnen gesagt, Herr Kollege Vorsatz, das, was Sie hier anzubieten haben — in etwa, wenn ich mich recht erinnere —, das gleicht nicht Vorstellungen von gestern, sondern das gleicht Vorstellungen von vorgestern.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Anfang 1930!)

Ja, zu den dreißiger Jahren scheinen Sie ja ganz besondere Beziehungen zu haben, Herr Vorsatz.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und SPD — Abg. Vorsatz [NPD]: Vor 33, Herr John!)

Ich habe von den dreißiger Jahren gesprochen, Herr Vorsatz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und damals, als es um das Problem Rechtsaufsicht und Fachaufsicht ging — Herr Kollege Vorsatz, Sie werden sich erinnern —, da machten Sie nämlich den Zwischenruf „darüber kann man ja reden", und ich antwortete Ihnen, „jawohl, darüber reden wir, aber hier im Hause", und das haben Sie ja heute beschworen. Und nun reden wir noch einmal darüber, um die reaktionären Vorstellungen der Nationaldemokratischen Partei hier noch einmal kurz coram publico, in aller Öffentlichkeit, einmal darzustellen. Sie haben ja heute einiges dazu beigetragen, wofür man Ihnen dankbar sein kann. Das muß ich allerdings sagen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Bitte, bitte!)

Sehen Sie, bei dem einen Gesetzentwurf waren Sie damals der Auffassung, man sollte die Rechtsaufsicht einführen, und bei dem anderen Gesetzentwurf — das hatten Sie vielleicht nicht gemerkt, das will ich Ihnen konzedieren, weil Sie sich nicht so intensiv damit beschäftigt hatten — da sprachen Sie von Fachaufsicht.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sie sind doch Bildungspolitiker!)

Ja Gott, Spezialgebiete, Herr Kollege, die haben Sie ja sicher auch, denn Sie tragen ja doch sehr oft zur Erheiterung des Hauses bei.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP — Abg. Klein [CDU]: Sie sind von nicht zu überbietender Sachlichkeit, Herr John!)

Herr Kollege Klein, ich hoffe, daß wir noch Gelegenheit haben, in einer sachlichen Diskussion auf Dinge einzugehen, auf die man dann auch sachlicher eingehen kann.

Meine Damen und Herren, aber eines muß man wohl in diesem Zusammenhang sagen: Wer zum Beispiel in einem Hochschulgesetzentwurf des Jahres 1969 die Fachaufsicht für einen Kulturminister über eine Hochschule oder Fachhochschule fordert, der macht aber wirklich, so meine ich, eine Hochschulpolitik, die eben von vorgestern ist. Aber das würde mich nicht wundern, wenn ich an einen Artikel in der „Zeit" denke, der schon einige Zeit zurückliegt. Dort war nämlich davon die Rede, daß die NPD die Partei von vorgestern ist, und insofern entspricht dies natürlich auch ihrer Hochschulpolitik.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Was hat denn das mit der „Zeit" zu tun — Abg. Ströh [SPD]: Sie haben sich doch auch auf die „Zeit" berufen!)

Aber, meine Damen und Herren, nun zum „Bremer Modell". Die FDP-Fraktion hat keine Veranlassung, sich von diesem „Bremer Modell" zu distanzieren, auch wenn es zur Zeit einige Schwierigkeiten gibt. Sie hat auch gar keine Veranlassung, sich in den bildungspolitischen Schmollwinkel zurückzuziehen, schon gar nicht in dessen reaktionäre Ecke.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das sollen Sie ja auch nicht!)

Wir meinen allerdings, meine Damen und Herren, daß, nach dem, was sich hier in den letzten Wochen abgespielt hat — seit dem 14. Januar, der letzten Sitzung des Gründungssenats —, dieser Versuch mit dem „Bremer Modell" wohl der letzte sein dürfte. Aber daran wird nicht die Universität in Bremen scheitern. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß es durchaus noch möglich ist, diesen Gründungssenat aufzufüllen. Allerdings nicht, wie Sie unterstellen, Herr Kollege Vorsatz, mit Professoren, die von einer ganz bestimmten Seite vorgeschlagen werden, sondern mit Professoren, die nach rein fachlicher Qualifikation ausgesucht sind, und nach nichts anderem. Meine Damen und Herren, dazu hätte man nun allerdings keine Hochschuldebatte gebraucht.

Sie haben, Herr Kollege Vorsatz, die Mitglieder, und zwar insgesamt die Mitglieder des nichtständigen Hochschulausschusses der Bürgerschaft hier vorhin angegriffen, und Sie waren der Auffassung — so stellte sich das dar —, daß die Politiker, die in diesem Ausschuß vertreten seien, noch nie etwas gemerkt hätten von antidemokratischer Haltung dieses oder jenes Mitglieds im Gründungssenat, soweit es also um die studentische Seite geht.

Ich muß Ihnen dazu sagen, meine Damen und Herren, wir sind uns — und ich habe das vor kurzem in einer Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Ausdruck gebracht — durchaus im klaren über die Situation im VDS. Nur, wir wissen auch, wenn man überhaupt heute mit Studenten in einem Kollegialorgan zusammenarbeiten will — der Meinung sind wir allerdings —, daß dann möglichst alle an der Universität vorhandenen Gruppen in einem Kollegialorgan vertreten sein sollten. In diesem zur Zeit angeschlagenen VDS sieht es ja nach dem Auszug des SDS aus dem VDS etwas anders aus. Auch das hätten Sie hier sagen müssen, daß insofern sich auch schon wieder innerhalb der hochschulpolitischen Landschaft etwas verändert hat.

Aber, meine Damen und Herren, um auf die Entschließung des nichtständigen Ausschusses der Bürgerschaft vom 9. 2. zurückzukommen: Herr Kollege Vorsatz, wenn Ihre Ausführungen vollständig gewesen wären, dann wären Sie auf den Abschnitt 2 — Herr Präsident, ich bitte um die Genehmigung, hier zitieren zu dürfen — vielleicht eingegangen, der nämlich ganz klar sagt, was dann geschieht, wenn kein „Bremer Modell", kein Gründungssenat im Augenblick zum Zuge kommen kann. Dort empfiehlt dieser nichtständige Ausschuß der Bürgerschaft, ich zitiere:

„Um einen zügigen Fortgang der Universitätsgründung zu gewährleisten, muß der Gründungssenat seine Verpflichtung aufrechterhalten, die erforderlichen Beschlüsse termingerecht zu fassen. Falls Beschlüsse des Gründungssenats nicht termingerecht vorliegen, obliegt die Entscheidung den zuständigen staatlichen Stellen."

Herr Kollege Vorsatz, nun weiß ich wirklich nicht, wenn Sie das alles gewußt haben, — vielleicht haben Sie an diesen Abschnitt der Entschließung nicht gedacht —, wieso Sie eigentlich zu der Behauptung kommen, die Mitglieder dieses nichtständigen Ausschusses seien sich wohl nicht im klaren darüber, was sie getan hätten. Sie waren sich sehr wohl im klaren, was sie getan haben, und sie haben diese Empfehlung an den Senat der Freien Hansestadt Bremen gegeben, der nun allerdings seinerseits darüber beschließen muß, was er tut.

In diesem Zusammenhang möchte ich in bezug auf das, was in den nächsten Wochen und Monaten vor uns steht, eine Bitte an den Senat aussprechen: Ich hoffe, daß Informationslücken, um Herrn Bürgermeister Koschnick zu zitieren, bei der kommenden Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive nicht mehr auftauchen, damit wir gemeinsam — dieses Parlament und der Senat — das tun können, was für die Universität richtig und nützlich ist.

Ich meine, das ist um so notwendiger, als hiervon auch der Bereich betroffen ist, mit dem wir uns in einem anderen nichtständigen Ausschuß gerade gestern in abschließender oder vorletzter Sitzung beschäftigt haben, nämlich der Bereich der Fachhochschulen, der ja im Gesamthochschulbereich, den wir anstreben, zu sehen ist. Ich hoffe zuversichtlich — und ich gebe hiermit auch die Meinung meiner Kollegen aus dem Ausschuß wieder —, daß es gelingen wird, eine Lösung zu finden, die den beiden Seiten, dem berechtigten Anliegen der jetzigen Ingenieurakademie und späteren Fachhochschule für Technik und dem Universitätsprojekt, gerecht wird, damit wir schon 1971 beginnen können und nicht erst 1973.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Stern.

Abg. **Stern** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jedes Ding hat zwei Seiten, unter anderem auch die Behauptung der Dürftigkeit der Begründung meines Parteifreundes Vorsatz. Wir sind nun einmal der Meinung, das war nicht dürftig, sondern sehr ausführlich. Ich persönlich bin der Meinung, daß das, was wir hier von unseren Kollegen Franke und John gehört haben, mehr als dürftig war. Es waren allerhand Dinge, die hier angezogen wurden, ich

(Abg. John [FDP]: Das haben wir auch nicht anders erwartet!)

möchte sagen, aus einer Verteidigungsposition heraus. Leider Gottes ist uns aber nicht gesagt worden,

wann denn nun die Universität wirklich gegründet werden kann oder wird.

Wenn Herr Franke hier erklärt

(Zurufe von der SPD)

— rufen Sie ruhig weiter dazwischen, ich höre gern zu —, daß wir konformistische Übereinstimmung fordern und uns Konflikten schon gar nicht stellen, so ist das sachlich falsch. Ich glaube, Herr Vorsatz hat hier sehr ausführlich gerade zu diesen Dingen einiges gesagt, nicht erst heute, sondern schon in der vorvorigen Bildungsdebatte.

Bloß, leider Gottes ist es ja so, daß einzelne Angehörige dieses Hauses meist nicht zuhören, und wenn sie dann nicht zugehört haben und manchmal nicht gelesen haben, was wir zu bestimmten Dingen zu sagen haben oder was hier begründet wird, dann hier aufs Podium kommen und in schöner Freiheit und Überheblichkeit Dinge erklären, die unsererseits gar nicht gesagt worden sind. Und da muß man sagen, das ist weder sachlich noch irgendwie informativ, es ist einfach bloß, ich möchte sagen, etwas leichtfertig.

Wenn hier des Weiteren unser lieber Freund Franke immer wieder auf bestimmte Dinge eingeht, zum Beispiel auf antidemokratische Kampfverbände: Wer bringt denn die Unruhen und Konflikte, lieber Kollege Franke, auf den Universitäten, auf den Straßen oder wo immer man will?

Ich habe hier anläßlich der Haushaltsdebatten einmal über diese Dinge gesprochen. Da habe ich mir den Zorn des Hohen Hauses zugezogen. Angefangen von unserem Herrn Bürgermeister über einige Herren Senatoren bis zu Ihnen hier

(Abg. Ströh [SPD]: So wichtig sind Sie gar nicht!)

hat sich jeder einmal hier hingestellt und hat gesagt, alles falsch, Sie wollen was weiß ich. Drei Tage später hatten wir das, und das ganze Parlament stand vorne und guckte. Dann hörte man von Abgeordneten, von Ihnen, meine Damen und Herren der SPD und FDP speziell, daß doch diesen Jungs mal der Hintern versohlt werden sollte, wenn sie solche Dinge betreiben, wie sie hier betrieben werden. Sehen Sie, das sind die Anfänge der Konflikte, die dann über den VDS/SDS und später auf den Universitäten in Forderungen von roten Zellen, von Basis-Gruppen und ähnlichen antidemokratischen Kampfverbänden gipfeln.

Wir, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, haben weder Kampfverbände, noch wollen wir sie, noch hatten wir sie.

(Abg. Franke [SPD]: Hessen! — Widerspruch bei der SPD)

Der Beweis dafür ist inzwischen lange erbracht.

(Abg. Ströh [SPD]: Aber Schlägergruppen hatten Sie!)

Mein lieber Herr Ströh, Sie sind ja der Zwischenrufer vom Dienst Ihrer Partei. Wenn wir das alles hätten, was man uns vor der Bundestagswahl und auch kurz nachher angedichtet hat, dann stünden wir hier gar nicht mehr auf diesem Podium. Dann wäre schon lange ein Antrag auf Verfassungswidrigkeit in Karlsruhe seitens Ihrer Partei beziehungsweise der Bundesregierung in Bonn gestellt worden. Das einmal zu den immer wiederkehrenden Anwürfen, die hier von einigen Ihrer Herren gebracht werden.

Ich bin immer wieder erstaunt über eines, das muß ich hier einmal wiederholen — ich habe es vorhin schon einmal gesagt —: Wenn man sich mit den Herren Franke, von Groeling-Müller und anderen

(Abg. Ströh [SPD]: Kommen Sie doch einmal zur Sache, Herr Stern!)

in Sachdiskussionen vor Jugendlichen in Wollingst, in St. Magnus oder anderswo befindet, ist es beinahe ein Genuß, sich mit ihnen zu unterhalten oder mit dieser Jugend sich zu unterhalten,

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Jetzt widersprechen Sie sich aber ein bißchen!)

weil sie dann nämlich sachlich sind. Da zwingt die Jugend sie nämlich zur Sachlichkeit. Da sind die Gespräche, die geführt werden, auch ausgesprochen fruchtbar.

Was hier geschieht, zum Fenster hinaus, was ich vorhin schon sagte, ist ja ganz etwas anderes. Hier will man immer dokumentieren und weiß, daß die Presse es dann auch bringt, daß diese NPD eine ganz furchtbare Partei ist, die möglichst eben auch mit antidemokratischen Linksgruppen — die Ihnen sehr unangenehm sind, da Sie auch links sind — verglichen werden könnte. Dann ist es natürlich immer sehr schön, wenn man sich hier hinstellen kann und in wohlgezielten Worten diese ganzen Dinge bringen kann.

Ich muß Ihnen einmal eines sagen: Ich persönlich bin hier viele, viele Monate immer sehr sachlich nach oben marschiert bei verschiedenen Veranlassungen und habe versucht, sachlich darzulegen, was zu bestimmten Anträgen, die wir einbrachten, zu sagen war. Der Erfolg war immer die Unsachlichkeit Ihrerseits. Wenn Sie die Unsachlichkeit in dieser Form bevorzugen, kann ich auch unsachlich werden. Dann wollen wir einmal sehen, wer dabei den Kürzeren zieht.

(Widerspruch bei der SPD)

Rhetorisch bin ich so manchem in diesem Hause nicht nur gewachsen, sondern sogar überlegen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Begründung zu dem Antrag Nummer 340 war auch unseres Erachtens

nicht überzeugend. Denn das, was von Herrn Vorsatz hier gebracht worden ist, hatte mit dem Antrag, wie der Herr Präsident ja richtig bemerkt hat, kaum etwas zu tun, sondern machte den Versuch, die Hochschulkonzeption der NPD-Fraktion darzulegen. SPD-Fraktion und FDP-Fraktion sind dem in etwa, wenn auch nur in kleinen Bereichen, gefolgt.

Ich möchte für meine Fraktion erklären, daß wir den vorliegenden Antrag nicht zum Aufhänger für eine Universitätsdebatte in diesem Hause nehmen möchten

(Beifall bei der CDU)

und darf darauf hinweisen, daß die CDU-Fraktion ihre Stellungnahmen zu der augenblicklichen Situation auf dem Gebiet der Hochschulgründung in Bremen in zwei Presseerklärungen am 16. 2. und am 9. 3. bekanntgegeben hat. Schon im Hinblick darauf, daß besonders die Presseerklärung vom 9. 3. einen ausgezeichneten Niederschlag in den bremischen Tageszeitungen gefunden hat, möchte ich Sie damit verschonen, hier jetzt noch einmal alles wieder auszuführen, was wir in diesen Presseerklärungen gesagt haben.

Doch zurück zur Antragsbegründung: Da der Antrag — um mit Herrn Stern zu reden — mehr als dürftig begründet worden ist, sehen wir uns außerstande, ja oder nein dazu zu sagen. Wir werden uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Czichon.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einige Worte zu den Ausführungen des Kollegen Stern. Er hat eine Frage gestellt, deren Begründung ich überhaupt nicht zu sehen vermag: Wann wird die Universität denn nun eigentlich gegründet? Lesen Sie doch bitte mal die Zeitungen! Seit Juli 1969 ist die Universität Bremen im Bau. Das ist das entscheidende Faktum, von dem wir ausgehen müssen, und die Eröffnung dieser Universität ist im Wintersemester 1973/74 geplant. Fangen Sie doch nicht an, so zu diskutieren, als ob die Universität Bremen ein nebulöses Gebilde wäre, das noch irgendwo in den Sternen steht,

(Heiterkeit bei der SPD)

für das noch irgendwann einmal formell der Grundstein gelegt werden muß.

Im übrigen, meine Damen und Herren, können Sie doch nicht einfach die Tatsache vom Tisch wischen, daß auch die NPD-Fraktion dem Vermittlungsauftrag des nichtständigen Ausschusses am 28. Januar zugestimmt hat. Sie haben sich doch damit zum „Bremer Modell" bekannt. Und bekanntlich ist doch essentiell für das „Bremer Modell", daß drei vom VDS benannte Studenten Mitglieder des Gründungssenats sind, der das „Bremer Modell" personell repräsentiert. Was anderes können Sie von Vertretern des VDS und Mitgliedern des Sozialistischen Hochschulbundes, wie Albers und Behlmer, oder der Humanistischen Studentenunion, wie Löwe, erwarten, als daß sie sozialistische Hochschulpolitik praktizieren?

Wir können doch auch von Ihnen nichts anderes verlangen, als daß Sie NPD-Hochschulpolitik vertreten. Man kann doch vom Schellfisch keinen Kaviar verlangen.

(Stürmische Heiterkeit)

Und man kann es auch einem VDS-Vertreter nicht verargen, daß er in den Fachbereichskommissionen sich dafür einsetzt, daß auch Vorschläge studentischer Gruppen zur Diskussion gestellt werden. Daß man das dekoriert mit Worten wie „rote Zellen" und „Basisgruppen" und „studentische Kollektive", das sollte doch für einen abgehärteten Hochschulpolitiker wie Herrn Stern oder Herrn Vorsatz nun wirklich kein Grund sein, sich zu erregen.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Sieling hat Bezug genommen auf die Ausführungen der CDU in der Pressekonferenz. Ich hatte an sich erwartet, daß er sie an dieser Stelle noch einmal etwas besser interpretieren würde, denn ich bin zunächst davon ausgegangen, daß die Presseberichterstattung doch etwas falsch war, weil mich die Äußerungen so sehr befremdet haben. Aber da Kollege Sieling sich darauf bezieht, müssen wir wohl davon ausgehen, daß die Presse die Äußerungen der CDU zutreffend wiedergegeben hat.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Hat sie! — Abg. Filzen [CDU]: Hat sie!)

Nun, dann wird man sich mit diesen Presseausführungen ja wohl beschäftigen dürfen. Und ich muß sagen, ich bin über diese Ausführungen sehr erstaunt. Noch am 9. Februar haben sich die CDU-Vertreter im nichtständigen Ausschuß einstimmig dafür ausgesprochen, daß das „Bremer Modell" fortgeführt werden sollte und daß geeignete Persönlichkeiten gefunden werden sollten, um den Gründungssenat wieder zu ergänzen und zu vervollständigen.

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Da stand noch eine Universität dahinter!)

Vorher, in allen Sitzungen des nichtständigen Ausschusses, in der Bürgerschaftssitzung vom 28. Januar, und sogar noch Anfang Februar in einem Beschluß des CDU-Landesvorstandes ist die CDU-Fraktion aufgefordert worden, dafür einzutreten, daß die paritätische Zusammensetzung des Gründungssenats, wie sie jetzt vorhanden ist, aufrechterhalten bleibt.

Sie haben eingeworfen, Herr Kollege Dr. Sieling, daß damals noch eine Universität dahinter gestanden habe. Aber ich erinnere mich sehr deutlich, daß wir in allen Gesprächen, in allen Sitzungen gemeinsam davon ausgegangen sind, daß die ausgeschiedenen Mitglieder des Gründungssenats mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht durch Göttinger

Professoren ersetzt werden, weil der Senat der Universität Göttingen bereits erklärt hat, daß er dazu nicht bereit sei. Und von keinem Vertreter der CDU ist diese angebliche Denkvoraussetzung, auf die Sie sich jetzt beziehen, in irgendeiner Form einmal erwähnt worden, weder bei dem Beschluß des CDU-Landesvorstandes Anfang Februar, noch bei dem Beschluß des nichtständigen Ausschusses am 9. Februar, noch als der Brief der Assistenten bei uns eintraf, in dem die Berufung neuer Habilitierten-Vertreter gefordert wurde.

Selbst auf der Sitzung des nichtständigen Ausschusses gab es nur eine Kontroverse darüber, ob den Fachbereichskommissionen das Recht eingeräumt werden sollte, ihre eigenen hauptamtlichen Mitarbeiter zu benennen oder sie nicht zu benennen. Es gibt sogar im Protokoll dieser Sitzung einen Hinweis darauf, daß die fehlenden sechs Mitglieder des Gründungssenats vom Senat der Freien Hansestadt Bremen durch Gespräche mit anderen Stellen — von Göttingen war überhaupt nicht die Rede — wieder ergänzt werden sollten.

Und auch schon auf einer früheren Sitzung ist ausgeführt worden vom Kollegen Schepers, daß das eventuelle Scheitern des Gründungssenats, das damals noch als möglich angesehen wurde, auch ein Ende der Gründungshilfe Göttingens wäre. Ich verweise dabei auf die Sitzung des nichtständigen Ausschusses vom 22. Januar. Ich vermag also wirklich in dem, was tatsächlich geschehen ist, auch nicht die geringste Stützung für die Theorie zu finden, daß die CDU irgendwann von der Prämisse ausgegangen sein könnte, daß durch die sogenannte Patenschaft Göttingens andere Tatbestände da waren, als sie jetzt nach der Reise von Senator Thape nach Göttingen bestehen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Nach dem Mißerfolg, ja!)

Aber man wird nun, wenn Sie das doch für sinnvoll halten, Herr Sieling, auf die einzelnen Thesen eingehen müssen, die Sie auf der Pressekonferenz dargestellt haben und mit denen Sie die Meinungsänderung der CDU begründet haben. Ich bedauere diese Meinungsänderung sehr, weil die Mitarbeit der CDU im nichtständigen Ausschuß von großer Bedeutung war und man gerechterweise zugestehen muß, daß sachgerechte Entscheidungen getroffen worden sind, und ich bedauere sehr, daß jetzt wieder eine Rückkehr zu einer Negation aus Prinzip zu verzeichnen ist.

Auf der Pressekonferenz waren im wesentlichen folgende Argumente, die gebracht worden sind: Die erste These — wenn man also versucht, das einmal zu ordnen und zusammenzufassen, was da gesagt worden ist — war, daß durch den Fortfall der Göttinger Patenschaft die Voraussetzung für die Zustimmung der CDU zum Errichtungsgesetz weggefallen sei. Die CDU forderte entweder die Patenschaft einer anderen Universität oder mehr Professoren im Gründungssenat.

Nun, der Begriff der Patenschaft, wie Sie ihn deuten und interpretieren, hat in Wahrheit nie existiert. Der Senat der Universität Göttingen hat lediglich eine Gründungshilfe in der Form zugesagt, daß der Senat der Georg-August-Universität einen Gründungssenat bildet, der aus sechs Hochschullehrern, drei Assistenten und drei Studenten besteht, wobei die Benennung der Studenten vom VDS — das ist damals ausdrücklich gesagt worden — und der Assistenten vom Assistentenrat der Universität Göttingen erfolgt. Damit war jede Einflußnahme der Universität Göttingen auf die Bremer Universitätsgründung beendet. Und bereits auf der ersten Sitzung des Gründungssenats der Universität am 1. September 1968 beschloß der Gründungssenat: Der Gründungssenat ist selbständig. Er repräsentiert weder die Universität Göttingen, noch ist er irgendeiner Fakultät der Universität Göttingen verantwortlich.

Und so wurde auch tatsächlich verfahren. Nie ist eine Stellungnahme oder eine Hilfe eines Gremiums der Universität Göttingen erbeten worden, und selbst als ein Hochschullehrer der Universität Göttingen ausschied — der Dozent Dr. Eisenmenger —, ist der neue Vorschlag aus dem Gründungssenat selbst heraus gekommen und nicht von Göttingen erbeten worden. Ich darf dazu verweisen auf das Protokoll der Arbeitssitzung des Gründungssenats vom 18. September 1969.

Die CDU muß ein bißchen eigenartige Vorstellungen von Patenschaft haben, wenn sie das Fehlen jeder Zusammenarbeit als Patenschaft ansieht. Es hat keine Patenschaft gegeben, und folglich kann auch nicht ihr Wegfall als Argument genommen werden, jetzt die Haltung einer Fraktion zu ändern. Bestenfalls kann man es als Vorwand akzeptieren.

Und eine zweite These ist von Ihnen aufgestellt worden, die Sie jetzt durch die Bezugnahme auf die Pressekonferenz gewissermaßen wieder erneut vortragen: Bremen darf die Professoren und Dozenten nicht individuell berufen, sondern die Professoren und Dozenten müssen genauso wie die Assistenten und Studenten angebunden sein an eine Berufungsinstanz, der sie auch dann verantwortlich sind.

Nun ist es doch eine Tatsache, wenn man die Realitäten der Hochschule sieht, daß Studenten und Assistenten in weit stärkerem Maße als die Hochschullehrer darauf angewiesen sind, sich für eine konstruktive Mitarbeit in einem paritätisch zusammengesetzten Kollegialorgan auf die Information ihrer Organisation abzustützen. Hochschullehrer haben in ganz anderer Weise die Möglichkeiten der Information und Kommunikation auch als Individuen, als sie Assistenten und Studenten haben. Wir brauchen doch nur an den Vergleich zu denken der Beziehung zwischen Betriebsratsmitgliedern innerhalb eines Unternehmens und den Gewerkschaften. Hier sind einfach natürliche Notwendigkeiten der Unterstützung da, die man sehen muß und die einen Analogieschluß, wie Sie ihn hier machen, ausschließen.

Im übrigen hat auch die Anbindung an die Berufungsinstanz Göttingen keine Garantie im Sinne Ihrer Ausführungen geboten, denn auch die vom

Senat der Universität Göttingen benannten Mitglieder des Gründungssenats haben doch in zahlreichen Fällen sich von Anregungen und Vorstellungen der Studenten und Assistenten überzeugen lassen und sie sich zu eigen gemacht, wenn sie ihnen vernünftig erschienen. Ich darf dabei verweisen

(Abg. Dr. Johanne W o l f f [CDU]: Dagegen haben wir ja auch nichts gesagt!)

auf die Zustimmung zu der Verflechtungsfrage zwischen Stadt und Universität und auf die Tendenzen zu einer dezentralisierten Mensa.

Ich meine, daß es sich hier tatsächlich nur um einen Vorwand handelt und es nicht darum geht, ob eine andere Instanz diese Hochschullehrer beruft oder ob sie als Einzelpersönlichkeiten berufen werden. Entscheidend geht es doch darum, daß es sich um aufgeschlossene, koorperationsbereite und um wirklich engagierte Hochschulpolitiker handelt, wie es die bisherigen Professoren im Gründungssenat überwiegend auch waren. Ähnliche Persönlichkeiten werden und müssen wir finden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Als dritter wesentlicher Gesichtspunkt wurde von der CDU in der Pressekonferenz das Argument gebracht — ich glaube, Kollege Klein war es, der das sagte —, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Gründungssenats bereits ein oder zwei rote Professoren genügen würden, um die Universität zum revolutionären Kampfmittel in den Händen der Assistenten und Studenten zu machen.

(Abg. K o s c h e k [CDU]: Da hat er ja recht gehabt!)

Nun, diese These geht ja zunächst von der Voraussetzung aus, daß es eine Einheitsfront zwischen Studenten und Assistenten gegeben hat. Die hat es, mit Ausnahme einer einzigen wichtigen Frage, nicht gegeben, nämlich mit Ausnahme der Haltung während der letzten Wochen, in denen Assistenten und Studenten gemeinsam verlangten, daß das vom Gründungssenat beschlossene Prinzip, daß die ersten Hochschullehrer auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung berufen werden, auch tatsächlich praktiziert würde und daß das vom Gründungssenat beschlossene Verfahren der fachlichen Beratung in den Fachbereichskommissionen ebenfalls praktiziert würde und nicht hauptamtliche Planungsteams in Konkurrenz zu den Fachbereichskommissionen treten würden. Eine solche Einheitsfront scheint mir tatsächlich nicht besorgniserregend. Aber in allen anderen Fragen, die durchaus auch kontrovers hätten sein können, hat es eine solche Einheitsfront überhaupt nicht gegeben.

Ich möchte dazu verweisen auf Beschlüsse über die Zusammensetzung der Fachbereichskommissionen, bei denen eine solche Einheitsfront wirklich möglich gewesen wäre. Sie erinnern sich vielleicht, daß auf der 13. Sitzung des Gründungssenats Herr Behlmer den Antrag gestellt hat, alle Kommissionen sollten halbparitätisch zusammengesetzt werden. Für diesen Antrag hat kein einziger Assistent gestimmt, einige haben mit den Professoren dagegen gestimmt, einige haben sich der Stimme enthalten. Der Antrag, der dann schließlich als Kompromißvorschlag kam, die Fachbereichskommissionen drittelparitätisch und die Studienkommissionen halbparitätisch zu besetzen, ist von einem Assistenten gestellt worden, mit dem zusammen die Professoren dann überwiegend zugestimmt haben. Lediglich zwei Professoren haben sich der Stimme enthalten.

Eine genauso brisante Frage, die zur Einheitsfront, wie Sie sie hier darstellen, hätte führen können, war der Antrag über die Arbeitsweise der Fachbereichskommissionen von Herrn Albers, nach dem die Fachbereichskommissionen das Recht hätten bekommen sollen, außer für die vom Gründungssenat gestellten Fragen auch für Fragen, die aus eigener Initiative aufgeworfen werden, dem Gründungssenat Empfehlungen zu geben. Auch in dieser Frage hat sich kein Assistent für den Vorschlag der Studenten ausgesprochen. Zwei haben dagegen gesprochen und einer schlug eine Kompromißformulierung vor, die dann angenommen wurde.

Oder, um es noch durch ein letztes Beispiel zu erhärten, daß diese Einheitsfront nicht bestanden hat: In dem gleichen Antrag von Herrn Albers war gefordert worden, daß die Fachbereichskommissionen das Recht erhalten sollen, sich bei den bremischen Behörden über den Stand der Planungsarbeiten zu unterrichten. Für diesen Antrag haben lediglich die drei Studenten gestimmt, während Professoren und Assistenten mit einer Ausnahme gegen diesen Antrag gestimmt haben.

Hier wird also wirklich das Schreckgespenst der roten Einheitsfront von Assistenten und Studenten aufgebaut, um damit jetzt Emotionen zu wecken. Anders kann ich es nicht verstehen. Aber ich meine, auch die CDU müßte doch erkennen, daß die Zeiten vorbei sind, in denen es genügte, einen roten Mann auf ein Wahlplakat zu malen und damit Wahlkämpfe zu entscheiden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Heute muß man sich schon ein bißchen mehr anstrengen. In Fragen der Hochschulpolitik sollten wir uns davor hüten, in Schlagworte zu verfallen und sie anstelle sachlicher Argumente zu verwenden. Die SPD-Fraktion jedenfalls wird sich nicht davon beeindrucken lassen, ob die CDU-Fraktion es zu einem bestimmten Zeitpunkt für richtig hält, sachgerecht zu entscheiden oder ob sie glaubt, mit Rücksicht auf irgendwelche vor uns stehenden Wahlen sich absetzen zu müssen von dem, was bisher gemeinsame Arbeit gewesen ist. Wir jedenfalls, meine Damen und Herren, werden fortfahren, uns mit allen Kräften für eine moderne und praxisnahe Universität einzusetzen, wie wir sie bisher verfochten haben.

(Abg. K l e i n [CDU]: Was Sie noch nicht geschafft haben!)

Für diese Universität haben auch die Göttinger Hochschullehrer, die nun leider aus dem Gründungssenat ausgeschieden sind, und insbesondere der Vorsitzende des Gründungssenats, Professor Killy, eineinhalb Jahre lang unter großen persönlichen Opfern und mit bewundernswerter Hingabe gearbeitet. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß der Wunsch von Senat und Bürgerschaft nach der Beteiligung aller Gruppen an der Universitätsgründung in die Tat umgesetzt worden ist und lange Zeit zu guten Arbeitsergebnissen geführt hat.

(Abg. Fichtner [NPD]: Und dann wurden sie auch sauer!)

Wir sollten ihnen für diesen engagierten Einsatz für unsere Bremer Universität einen ausdrücklichen Dank und Anerkennung sagen.

(Beifall bei SPD und FDP — Glocke)

Präsident Engel: Herr Dr. Czichon, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Klein beantworten?

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Bitte, gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege, würden Sie in diesem Zusammenhang Stellung nehmen zu den Äußerungen der Professoren, die im Gründungsausschuß vertreten waren — —

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Klein, das war keine Frage, das war eine ganz deutliche Aufforderung zur Stellungnahme.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sie sind ja nicht Vorsitzender in diesem Moment!)

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege, wäre es Ihnen möglich, in diesem Zusammenhang Ihrer Ausführungen Stellung zu nehmen zu den Ausführungen der ehemaligen Mitglieder des Gründungsausschusses, die wir so aufgefaßt haben, daß diese ehemaligen Mitglieder des Gründungsausschusses meinen, das von ihnen selbst geschaffene Modell sei gescheitert?

(Abg. Ostendorff [FDP]: Fragezeichen!)

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Ich glaube, daß diese Äußerung, die von den sechs Hochschullehrern im Gründungssenat unterschrieben worden ist, durch den Gang der Dinge noch nicht gerechtfertigt war, sondern daß durchaus auch auf der Sitzung im Januar, dieser 31. Sitzung, die schließlich gescheitert ist, nicht alle Kompromißmöglichkeiten ausgeschöpft worden sind. Ich halte — das ist meine persönliche Auffassung — diese Stellungnahme der Professoren für voreilig.

Ich habe aber volles Verständnis dafür, gerade in Anbetracht der extremen Belastung, unter denen diese Damen und Herren auch beruflich standen, daß sie nicht glaubten, dieser Aufgabe weiterhin gewachsen zu sein, einfach aus einer persönlichen Überforderung, und vielleicht auch, weil sie nicht so sehr wie wir, wie Herr Klein und andere, gelegentlich mit Studenten im Clinch sind und sich daran gewöhnt haben, daß da auch einmal härtere Auseinandersetzungen üblich sind. Vielleicht müssen wir uns bei aller Wertschätzung für die Wissenschaftler, die im Gründungssenat waren, auch die neuen Mitglieder daraufhin ansehen, ob diese auch politischen Auseinandersetzungen im Interesse der gemeinsamen Sache und der künftigen Universität gewachsen sein werden, und vielleicht besser gewachsen sein werden als die bisherigen Mitglieder.

(Beifall bei SPD und FDP)

Trotz des Ausscheidens dieser Hochschullehrer und des Scheiterns unserer Vermittlungsversuche ist die SPD-Fraktion der Meinung, daß dem „Bremer Modell", das man besser als ein Göttinger Modell oder nach seinem Initiator als das Killy-Modell ansprechen sollte, die Zukunft bei Hochschulgründungen in Deutschland gehört.

Es ist heute unmöglich — darauf hat auch Kollege Franke bereits hingewiesen —, die Gründung einer Universität freizuhalten von hochschulpolitischen Auseinandersetzungen unserer Tage. Selbst wenn es gelänge, eine Universitätsgründung in abgeschlossenen Amtsstuben durchzuführen, so würde spätestens bei der Eröffnung der Universität die Auseinandersetzung um so heftiger entbrennen. Eine Universität, deren geistiges und materielles Konzept von allen Gruppen gemeinsam in der Auseinandersetzung erarbeitet wird, gibt die bestmögliche Gewähr einer späteren fruchtbaren Zusammenarbeit.

Genauso wie ein Kind, das in einer völlig keimfreien Kinderstube aufwächst, später um so mehr kränkelt, so kann man auch eine Universität nicht unter einer Glasglocke gründen und sie hinterher dann erst dem Sturm hochschulpolitischer Wirklichkeit aussetzen. Wir müssen uns entscheiden, ob wir uns jetzt der hochschulpolitischen Wirklichkeit stellen und sie in die Gründung einbeziehen wollen oder ob wir die Universität in einer heilen Scheinwelt gründen und sie dann später in um so größere Probleme stürzen wollen.

Die SPD-Fraktion hat sich eindeutig für den ersten Weg entschieden und hofft, daß es dem Senat möglichst bald gelingt, den Gründungssenat wieder zu einem arbeitsfähigen Gremium zu machen. Sie begrüßt insbesondere die Absicht des Senats, den Eröffnungstermin der Universität durch Annahme des Angebots des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und die damit verbundenen Finanzierungshilfen vorzuverlegen und bittet den Senat, möglichst bald die Stelle des Gründungsrektors auszuschreiben, so daß der wieder vervollständigte Gründungssenat kurzfristig diese wichtige personelle Entscheidung treffen kann.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Klein beantworten?

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Bitte!

Präsident Engel: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege, wäre es Ihnen möglich, in diesem Zusammenhang uns Ihre Auffassung darüber darzulegen, nach welchen Kriterien der Senat die neuen Professoren zur Komplettierung des Gründungssenats auszusuchen hat?

(Abg. Ströh [SPD]: Hat er genau gesagt! — Abg. Friedrich Meier [SPD]: Herr Klein, Sie müßten zuhören! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Auf jeden Fall ein paar Verwandte!)

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Klein, sind die Adjektive, die ich genannt habe — sie müssen koorperationsbereit sein, sie müssen engagierte Hochschulreformer sein —, nicht hinreichend deutlich? Wollen Sie einen idealen Lebenslauf oder bestimmte wissenschaftliche Qualifikationsmerkmale haben?

(Zurufe von der CDU — Glocke)

Präsident Engel: Der Abgeordnete Franke möchte eine Frage stellen, sind Sie bereit, Herr Dr. Czichon?

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Bitte sehr!

Präsident Engel: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Kollege Dr. Czichon, sind Sie imstande, Herrn Klein dahingehend zu trösten, daß es nicht die Pflichtvoraussetzung ist, das SPD-Mitgliedsbuch zu besitzen?

(Stürmische Heiterkeit bei der SPD — Abg. John [FDP]: Beziehen Sie das Gesangbuch gleich mit ein!)

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Das ist sicher keine notwendige Voraussetzung, und umgekehrt ist natürlich auch die Inhaberschaft eines beliebigen anderen Parteibuches wie zum Beispiel desjenigen der CDU kein Hinderungsgrund. Ich würde wünschen, daß auch die Professoren im Gründungssenat eine möglichst pluralistische Zusammensetzung haben, denn wir haben in den letzten Jahren erlebt, daß positive Vorschläge zu Fragen der Universitätsreform aus allen drei demokratischen Fraktionen dieses Hauses gekommen sind, und ich möchte aus diesem Grund hoffen, daß auch im Gründungssenat diese pluralistischen Auffassungen vertreten sind.

(Beifall — Abg. Vorsatz [NPD]: Vier! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Drei!)

Noch in dieser Woche, meine Damen und Herren, wird der nichtständige Ausschuß der Bremischen Bürgerschaft zur Vorbereitung eines Hochschulgesetzes wieder zusammentreten und die im Dezember unterbrochene Arbeit zur Vorlage eines Universitätserrichtungsgesetzes aufnehmen. Damit dürften dann alle wichtigen Voraussetzungen für einen zügigen Fortgang des Projekts gegeben sein.

Ich möchte mich abschließend bei den Kollegen der CDU für zwei Jahre sachlicher und erfolgreicher Arbeit für die Universität bedanken. Es tut mir leid, daß nach den Ausführungen der CDU-Vertreter während der letzten Tage diese Zeit nun vorbei ist. Aber SPD und FDP werden auch allein stark genug sein, diesen Weg fortzusetzen.

(Starker Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Sieling hat bereits zum Ausdruck gebracht, daß wir es nicht für richtig halten, den Antrag Nummer 340 zur Grundlage einer Universitätsdebatte auch von unserer Seite zu machen. Ich nehme das Wort nur deswegen, um noch einmal in aller Klarheit darauf hinzuweisen, daß die CDU nicht daran denkt, die Universitätsfragen aus anderen als sachlichen Gesichtspunkten heraus zu betrachten.

(Beifall bei der CDU — Abg. Ströh [SPD]: Sie suchen krampfhaft nach einem Grund!)

Herr Dr. Czichon, der sich bemühte, in einer konzilianten Form zu sprechen, hat leider zum Ausdruck gebracht, die CDU könne ihre Entscheidung irgendwie im Hinblick auf bevorstehende oder künftige Wahlen fällen. Auch das weisen wir in aller Deutlichkeit zurück.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Engel: Herr Fischer, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Horst-Werner Franke beantworten?

Abg. **Fischer** (CDU): Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Kollege Fischer, sind Sie dann imstande, die sachlichen Hintergründe Ihrer Haltung hier zu explizieren?

Abg. **Fischer** (CDU): Ich glaube, Herr Kollege Franke, diese Frage brauche ich Ihnen nicht zu beantworten, weil Sie mir nicht zumuten werden, daß ich Ihre Intelligenz so unterschätze, zu unterstellen, Sie könnten unsere deutlichen Erklärungen nicht in voller Klarheit verstanden haben.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kahrs [SPD]: Die Frage war aber an Sie gerichtet! — Glocke)

Präsident Engel: Herr Fischer, wollen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Müller-Wolff beantworten?

Abg. **Fischer** (CDU): Gern!

Präsident Engel: Bitte, Frau Müller-Wolff!

Abg. Gisela **Müller-Wolff** (SPD): Herr Fischer, halten Sie es für vertretbar, daß neuerdings Pressekonferenzen Debatten hier im Parlament ersetzen?

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Fischer** (CDU): Ich glaube, auch zu dieser Frage kann ich sagen, davon ist überhaupt gar keine Rede.

(Heftiger Widerspruch bei der SPD)

Es ist von uns auch nicht behauptet worden, daß Pressekonferenzen

(Starke Unruhe bei der SPD)

Debatten hier in der Bürgerschaft ersetzen sollen.

(Die Abgeordneten John [FDP] und Franke [SPD] melden sich zu Zwischenfragen. — Glocke)

Ich möchte jetzt keine Fragen mehr beantworten!

Präsident Engel: Meine Herren, Herr Fischer lehnt die Beantwortung weiterer Fragen ab. Sie können sich setzen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Aber in der Presse!)

Ich halte es für richtiger, wenn ich Ihnen das Wenige, das ich sagen wollte, eben zu Ende ausführe. Pressekonferenzen sollen Debatten im Plenum der Bürgerschaft mit Sicherheit nicht ersetzen, aber wir wollen uns ebenso davor hüten, hier durch Debatten, die noch nichts Abschließendes bringen können, Dinge zu zerreden, über die die Entscheidung aussteht.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Aber in der Presse!)

Die CDU wird die Entwicklung gerade auf hochschulpolitischem Gebiet und insbesondere hinsichtlich der Arbeiten an der Bremer Universität genauestens verfolgen und behält sich vor, unter Berücksichtigung der Gesichtpunkte, die Ihnen allen bekannt sind, ihre Entscheidung nach der einen oder anderen Seite zu fällen, je nachdem wie die weitere Arbeit geleistet werden wird.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte nur die Frage vielleicht — sie scheint mir wichtig zu sein — dann von vorn hier an die CDU richten, die mir eben nicht am Mikrophon des Saales erlaubt war.

Meine, wie Sie mir freundlicherweise attestiert haben, vorhandene Intelligenz hat Ihre Presseerklärung in der Tat nur als einen Vorwand angesehen, aus der gemeinsamen Haltung auszubrechen, wie wir sie im Ausschuß eingenommen haben.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das ist Ihr gutes Recht!)

Ich bitte Sie um Präzision, meine Damen und Herren von der CDU, da wir doch im Plenum schließlich hier zusammenkommen, um die Dinge zu präzisieren, und da wir es uns hier im Plenum nicht leisten können, darauf zu verweisen, es hat ja mal eine Pressekonferenz gegeben. Das ist doch nicht der Stil eines Plenums!

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eben! — Abg. Friedrich Meier [SPD]: Aber der CDU!)

Ich bitte Sie also, sich hier im Plenum klipp und klar zu erklären, und zwar die sachlichen Gründe vorzutragen, Herr Fischer, wie Sie selbst es ja hier forderten. Ich will keine anderen haben. Die sachlichen Gründe, warum die CDU abgerückt ist von der Haltung, die ihre drei Vertreter im gemeinsamen Ausschuß sehr dezidiert eingenommen haben. Was hat die CDU sachlich bewogen, davon abzurücken? Immerhin, meine Damen und Herren, war Ihr Fraktionsvorsitzender dabei. Wenn Sie Ihre Meinung also jetzt geändert haben: Damals hat er zugestimmt. Wenn es jetzt anders geworden ist, sind Sie uns hier eine sachliche Erklärung schuldig.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Engel: Herr Dr. Sieling möchte eine Frage stellen. Sind Sie bereit, Herr Franke, sie zu beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Ich dachte allerdings, daß Ihre Antwort von hier oben käme, Herr Dr. Sieling!

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Hat sich erledigt, Herr Präsident!)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zur Frage der NPD wäre festzustellen, daß der Senat weder Vormund noch Zensor von Beratungsgremien ist. Ich glaube, es wäre unzweckmäßig, diese Feststellung auch noch einmal schriftlich zu treffen, sie könnte nämlich nicht anders ausfallen. Auch für Einzelmitglieder und für Gremien insgesamt gilt das Grundgesetz, daß sie im Rahmen der Verfassung Rede- und Pressefreiheit genießen. Unsere Aufgabe ist es und unsere Entscheidung von Senat und Parlament, festzustellen, welche Empfehlungen übernommen werden sollen und welche nicht. Ich glaube, daß damit diese Frage als erledigt betrachtet werden sollte.

Hinzu kommt noch, daß 16 Monate lang im Gründungssenat nicht nur sachlich — natürlich zum Teil

auch kontrovers — gearbeitet worden ist, sondern auch in Übereinstimmung mit den parlamentarischen Kräften, die für Hochschulfragen zuständig waren. Aus dem vorübergehenden Scheitern dieses Gründungssenats kann deshalb meines Erachtens keine Begründung für allgemeine politische Polemiken gezogen werden.

(Abg. Klein [CDU]: Wer tut das denn?)

Der Abgeordnete Vorsatz hat beanstandet, daß bremische Stellen, Senat und die Parlamentarier, die sich für das Modell einsetzen, vom VDS gelobt worden sind. Nun, ich meine, wir sollten das ertragen können. Nicht nur Tadel, der ja in der Politik sehr häufig ist, sondern manchmal auch Lob. Nicht jedes Lob ist angenehm. Aber es kommt auf die eigene Haltung an, und es kommt darauf an, zu unterscheiden zwischen Wünschen von Interessengruppen und den Notwendigkeiten, die wir aus politischen Gründen glauben eingehen zu müssen.

Hier ist der VDS völlig in Übereinstimmung mit allen gesetzlichen Bestimmungen und Regelungen, wenn er seine eigenen Forderungen anmeldet. Das kann er tun. Unsere Aufgabe ist es, festzustellen, ob unsere Meinungen mit diesen Forderungen und Wünschen übereinstimmen. Das gilt nicht nur für den VDS, das gilt auch für andere Gruppen in den Hochschulen, das gilt in den Parlamenten und in den Parteien, auch für alle Gruppen, die politisch tätig sind.

Ich meine, wir sollten in aller Deutlichkeit feststellen, daß das „Bremer Modell" nicht tot ist. Es ist völlig illusionär, anzunehmen, daß eine Universität ohne Beteiligung aller Hochschulgrupen gegründet werden könnte.

(Vizepräsident Dr. Klink übernimmt den Vorsitz)

Das ist einfach nicht möglich. Es wäre unsinnig, einen solchen Versuch zu machen und von vornherein Spannungen in eine Universität hineinzutragen, die heute ja gerade die alten Universitäten gelegentlich arbeitsunfähig machen, und nicht nur die Freie Universität Berlin, über die soviel geschrieben wird, leider sehr viel Negatives und nicht das Positive, was sich gerade in den letzten Wochen und Monaten ergeben hat.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es ist nämlich das eingetreten, was niemand wahrhaben wollte oder viele nicht wahrhaben wollten, daß durch eine neue Leitung und ein völlig neues Arbeitssystem doch eine verhältnismäßig große Arbeitsruhe in diese Universität hineingekommen ist. Daß in Berlin nicht Wunder vollbracht werden können, die auch in der übrigen Bundesrepublik nicht möglich sind, sollte uns nicht überraschen.

Es ist meines Erachtens auch naiv und, ich glaube sogar sagen zu dürfen, auch unwahr, wenn behauptet wird, die Universität komme in Bremen nicht voran. Der Bau hat begonnen. Darauf hat Herr Dr. Czichon bereits hingewiesen. Die Anfangsstufe wird vorgezogen. Ich weiß nicht, ob die ständigen Wiederholungen von Tatsachen nun noch notwendig sind und ob sie vor allen Dingen Bremen helfen. Etwas mehr Selbstvertrauen, etwas mehr Selbstsicherheit in unsere eigene Arbeit sollte aus diesem Haus nach draußen gehen.

Wenn in der Diskussion besonders von den Vertretern der NPD immer wieder Professor Killy zitiert worden ist in seinem „Zeit"-Artikel, dann möchte ich hier feststellen, was zu fast allen Zitaten zu sagen ist: Man sollte die Dinge nicht aus dem Zusammenhang herausreißen.

Aber warum eigentlich berufen Sie sich auf Professor Killy? Haben Sie an den öffentlichen Sitzungen des Gründungssenats nicht teilgenommen? Haben Sie kein eigenes Urteil? Können Sie nicht aus eigener Anschauung beurteilen, wie dort gearbeitet worden ist? Ich glaube, daß es ein sehr wesentlicher Vorteil gerade dieses Gründungssenats gewesen ist, daß er in der ersten Sitzung beschlossen hat, öffentlich zu tagen. Ich gebe ehrlich zu, daß ich im Anfang etwas Bedenken hatte. Ich bin froh, daß diese Entscheidung gefallen ist, weil in aller Öffentlichkeit deutlich geworden ist, welche Spannungen vorhanden sind und wie man sich bemüht hat auf allen Seiten, das möchte ich betonen, diese Spannungen zu überwinden.

Es war Beschluß des Parlaments beziehungsweise der Gremien, meine Damen und Herren, die für diese besondere Frage vom Parlament gewählt worden sind. Es war Beschluß dieses Ausschusses, den Gründungssenat zu erhalten beziehungsweise aufzufüllen. Das geschieht aber! Aber diese Bemühungen, den Gründungssenat aufzufüllen, bringen keine technischen Verzögerungen. Ich glaube, daß das gerade in den letzten Wochen besonders deutlich geworden ist.

Die Position des Gründungsrektors für die Universität Bremen wird in den nächsten Tagen öffentlich ausgeschrieben werden. Es besteht die Aussicht — ich sage das etwas vorsichtig —, daß der Gründungssenat noch im April erstmalig zusammentreten kann. Das ist eine Aussage, in der etwas Hoffnung mitschwingt. Ich glaube, sie wird in diesem Hohen Hause so gewertet, wie man Aussagen werten muß, die nicht nur von der Beantwortung einer einzelnen Person abhängen, sondern selbstverständlich von der Zustimmung derjenigen, die später hier in Bremen dieses Geschäft wahrnehmen sollen.

Aber zur Frage der Besetzung des Gründungssenats möchte ich in aller Deutlichkeit sagen — und ich glaube, das wird von Ihnen nicht etwa als Zurücksetzung des Parlaments empfunden, sondern als verfassungstreue Bemerkung des Bildungssenators —, für die Personalentscheidungen ist der Senat zuständig und nicht das Parlament, das heißt die Bremische Bürgerschaft. Das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen.

(Abg. Klein [CDU]: Ich nehme das erfreut zur Kenntnis, Herr Senator!)

Das ist nach der Verfassung nicht anders möglich.

Herr Klein, dann ist es gut! Ich hatte gerade aus Ihren Bemerkungen etwas anderes herausgehört, und das hatte mich so überrascht, weil Sie sonst ja immer die Verfassung zitieren,

(Abg. Klein [CDU]: Völlig mißverstanden!)

und ich wollte sie jetzt einmal im Gegenzitat gegen Sie verwenden, und ich glaube, das ist mir gelungen.

(Abg. Klein [CDU]: Im Gegenteil!)

Wir sollten insgesamt — ich sagte es schon — mehr Selbstvertrauen zu unseren eigenen Initiativen, auch zu unseren eigenen Entscheidungen, haben. Es gibt kein Zurück mehr. Das gilt auch für die vorgezogene Anfangsstufe der Universität. Wir werden diesen Weg zäh und kontinuierlich fortschreiten. Ich glaube, daß insgesamt gerade die letzten Wochen und Monate in Verbindung mit dem Gründungssenat, aber auch in der Arbeitsverbindung zwischen Senat und Parlament die ganz entscheidenden Schritte für diese Bremer Universität vollzogen worden sind.

Noch eines zum Abschluß! Lassen Sie doch bitte endlich einmal die zehn Jahre zu Hause, die die Gründung der Bremer Universiät schon dauert. Das ist doch einfach nicht wahr. Zunächst einmal haben wir begonnen im August/September vergangenen Jahres. Das müßte also das Anfangsdatum sein. Wir können uns höchstens auf neun Jahre berufen, wenn wir die erste Empfehlung des Wissenschaftsrats von 1960, in Bremen eine Universität zu gründen, zur Grundlage nehmen. Aber 1962 hat sich das Parlament, die Bremische Bürgerschaft, zum ersten Mal mit dieser Frage beschäftigt und einen vorläufigen Beschluß gefaßt, der im nächsten Jahr dann durch einen zweiten Beschluß erhärtet worden ist. Also das war 1963! 1964 ist erst das Länderabkommen zur Aufbringung der Investitionsmittel der Bremer Universität in Höhe von 600 Millionen DM zustande gekommen. Wenn wir das als Stichtag nehmen wollen, dann können wir vielleicht von sieben oder sechs Jahren sprechen.

Schauen Sie sich um: Dieses Gründungsgeschäft ist ein sehr hartes Geschäft! Bei allen übrigen Universitäten in der Bundesrepublik, mit Ausnahme von Bochum, wo ganz besondere politische Interessen dahinter standen, hat es Jahre gedauert, bis die Universitäten arbeitsfähig waren. Das gilt auch für Bremen. Nicht weniger, aber auch nicht mehr!

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte noch einmal betonen, was ich bereits zu Anfang gesagt habe. Wir bedauern, daß hier ein Antrag der NPD zum Aufhänger für eine Universitätsdebatte geworden ist. Das wollten wir verhindern. Deswegen wollten wir diese Debatte aus unserer Sicht nicht verlängern und verwiesen auf die Pressenotizen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dr. Sieling, der Abgeordnete Friedrich Meier möchte eine Frage stellen. Sind sie bereit?

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Jawohl!

Vizepräsident Dr. Klink: Bitte, Herr Meier!

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Dr. Sieling, ist Ihnen eigentlich entgangen, daß der Herr Präsident zu Beginn gesagt hat, daß interfraktionell beschlossen wurde, die Punkte 4 und 9 zusammen zu behandeln? Dann können Sie doch nicht immer davon reden, daß es hier nur um den NPD-Antrag geht.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Meier, ist Ihnen vielleicht entgangen, daß Herr Czichon darauf verzichtet hat, das zu Tagesordnungspunkt 4 vorliegende Papier zu verlesen, um die Zeit abzukürzen?

(Abg. Stäcker [SPD]: Ist das denn eine Antwort? — Abg. Ströh [SPD]: Das ist doch alles bekannt, das haben Sie doch gelesen!)

Meine Damen und Herren, ich möchte auf die Frage von Herrn Kollegen Franke klar antworten: In dem Ausschuß haben drei Vertreter der CDU-Fraktion mitgearbeitet, unter anderen der CDU-Fraktionsvorsitzende. Dazu eines grundsätzlich voraus: Was drei Vertreter einer Fraktion sagen, muß nachher nicht unbedingt Meinung der Gesamtfraktion sein. Doch das trifft hier gar nicht zu. Hier ist tatsächlich eine entscheidende Wende entstanden, eine Schwelle, die zwar von Herrn Dr. Czichon heruntergespielt worden ist, die aber nun einmal da ist. Es handelt sich um das von Herrn Senator Thape in Göttingen geführte Gespräch vom 26. Februar, in dem er sich darum bemüht hat, daß die Universität Göttingen neue Professoren benennen möge.

Erst mit diesem ergebnislos verlaufenen Gespräch ist in den Augen der CDU-Fraktion die Gründungshilfe Göttingens erstorben. Damit hat sich für uns eine ganz neue Situation ergeben. Ich darf Sie darauf verweisen, Herr Franke, daß Sie selbst ja dabei waren, als ich das in der darauffolgenden Sitzung am 3. März bereits im Namen unserer drei Mitglieder im Ausschuß in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht habe. Ich habe damals zwar noch nicht unsere Pressekonferenz vom 9. März vorweggenommen, aber inhaltlich dem Ausschuß klar und deutlich gesagt, daß der 26. 2. für die CDU-Fraktion eine entscheidende Wende in dieser Frage wäre.

Ich will Ihnen auch sagen warum: Für uns kommt es darauf an, daß sichergestellt wird, daß an der Bremer Universität Forschung und Lehre ohne jede Ideologisierung frei getrieben werden können. Wir haben aber kein Zutrauen zu einem 6:3:3-Gremium, in das die Studentenvertreter und die Assistentenvertreter von ihren Dachorganisationen delegiert worden sind, die

(Abg. Vorsatz [NPD]: Ja, Sie sagen es!)

sechs Professoren aber einzeln hineingenommen

worden sind und sich dort überhaupt erst einmal finden müssen. Bei allen Abstimmungen genügt dann ein einziger Professor, um im Sinne von Studenten und Assistenten abzustimmen. Das aber halten wir für sehr gefährlich, falls nicht die Autorität einer deutschen Universität dahintersteht.

(Abg. Stäcker [SPD]: Jetzt war es aber deutlich! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Autorität! Deutsche Universität! — Abg. Klein [CDU]: Lassen Sie ihn doch einmal ausreden!)

Das, Herr Franke, hat uns ja doch im Frühjahr und Sommer 1967, als Herr Senator Thape im Hinblick auf die Wahl im Herbst 1967 darum rang, schnellstens ein neues Gremium unter Herrn Professor Predöhl als Beratergremium zusammenzubekommen, veranlaßt, diesen Vorschlag nicht zu akzeptieren, ihn abzulehnen und zu bitten, daß die Gründungshilfe einer deutschen Universität eingeholt werden sollte.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es zeigt sich hier eine ganz kontinuierliche Entwicklung auf seiten der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klink: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ein Datum müßte noch erwähnt werden, wenn wir von der bremischen Universitätsgründung sprechen, jedenfalls wenn das Parlament davon spricht, nicht der Senat. Und das ist der Termin der Ministerpräsidenten-Absprache von 1968 über die Finanzierung der laufenden Kosten,

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Jawohl, das war es!)

denn alle Beschlußfassungen dieses Hohen Hauses haben den Senat gebunden, nicht mit dem Bau einer Universität zu beginnen, ohne daß eine Absprache über die laufende Finanzierung vorliegt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es waren gerade die Vertreter der Christlich-Demokratischen Union, die besonderen Wert auf diese Absprache gelegt haben. Und heute tut man so, als wenn das alles nicht der Fall ist.

(Abg. Dr. Johanne Wolff [CDU]: Das ist doch nicht wahr! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Aber nein!)

Mein Gott! Das ist gesagt worden im Jahr 1957, das ist gesagt worden im Jahr 1959, 1961 und 1963

(Abg. Dr. Johanne Wolff [CDU]: Ja, ja!)

und jetzt — verzeihen sie bitte, hochverehrte, liebe gnädige Frau Abgeordnete Dr. Wolff — weisen wir darauf hin, daß eine wesentliche Entscheidung für das Parlament gewesen ist die Erklärung der Ministerpräsidenten der Länder, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Vorher war nach Meinung dieses Hauses kein Baubeginn möglich. Jetzt hält sich der Senat an eine solche übereinstimmende Auffassung des Parlaments, stärker beeinflußt von den früheren Auffassungen — darf ich so formulieren —, früheren Mitgliedern der Christlich-Demokratischen Union in diesem Hohen Hause, weil ja einige später gekommen sind und vielleicht nicht wissen, was früher die CDU gefordert hat. Ich meine jedenfalls, dafür dürfen Sie den Senat nicht rügen, daß wir hier die Haltung des Parlaments gesehen haben.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Wolff zu beantworten?

Bürgermeister Koschnick: Bitte schön, natürlich!

Vizepräsident Dr. Klink: Bitte, Frau Dr. Wolff!

Abg. Dr. Johanne **Wolff** (CDU): Herr Bürgermeister, ist Ihnen entgangen, daß der Hinweis auf die langjährige Gründungszeit dieser Universität nicht aus unserer Fraktion gekommen ist, und darf ich Sie, Herr Bürgermeister, bitten, die Töpfe zu unterscheiden, in die Sie die Fraktionen dieses Hauses werfen?

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Koschnick: Frau Dr. Wolff, ich bin gern bereit, mich insoweit zu entschuldigen, als es von hier oben anders dargestellt worden ist. Nun habe ich leider das Pech, hier auf der Senatsbank zu sitzen, immer die Reaktionen und Reflexionen, die Zwischenrufe und Bemerkungen Ihres sehr verehrten Fraktionskollegen Klein zu hören, der gerade auf die Bemerkung meines Kollegen Thape erklärt hat, von diesen zehn Jahren können wir Sie nicht freisprechen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Darauf reagiere ich. Insofern, wenn diese Erklärung von Herrn Klein nicht symptomatisch für die CDU-Fraktion ist, bitte ich um Entschuldigung.

(Erneute Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Auch ich möchte hier keinen in falsche Töpfe werfen. Da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Das wäre für Sie wie für mich gleichermaßen peinlich.

(Abg. Klein [CDU]: Ich bedanke mich dafür, von Ihnen zu erfahren, was ich gesagt habe! — Heiterkeit)

Ich freue mich, Herr Klein, daß ich jedenfalls noch zuhöre, und Sie akzeptieren, daß ich bei Ihnen zuhöre. Insofern sind wir uns einig; deshalb keinen weiteren Streit!

Lassen Sie mich aber einen zweiten Satz sagen: Es ist gesagt worden von den Christlichen Demokraten auf der Pressekonferenz — und nun darf ich mich einmal darauf beziehen —, sie müßten den sehr wich-

tigen Termin „26. Februar", als mein Kollege Thape in Göttingen sich bemühte, mit dem Akademischen Senat über die Auffüllung des Gründungssenats durch Professoren der Göttinger Universität oder anderer zu sprechen, als Zäsur betrachten, weil jetzt für sie das Modell 6:3:3 nicht mehr tragfähig sei, weil jetzt hinter den Professoren nicht mehr die Autorität einer deutschen Universität stehe.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Jawohl!)

Das haben wir zu akzeptieren, als Feststellung zu akzeptieren. Werten darf jeder für sich! Ich möchte aber nicht werten, weil es mir als Senat nicht ansteht, über so grundsätzliche Erklärungen der CDU jetzt schon vorschnell eine Wertung abzugeben,

(Abg. Klein [CDU]: Warum denn nicht?)

sondern lieber vorher erst noch einmal darüber nachzudenken.

(Abg. Koschek [CDU]: Das muß aber etwas schneller gehen!)

Herr Koschek, vielleicht ist es doch gemeinsam ganz gut, wenn wir nicht nur schnell sprechen, sondern uns andererseits Zeit nehmen, über bestimmte Dinge nachzudenken, denn es kann ja was dran sein an dieser Argumentation.

(Abg. Klein [CDU]: Na eben! — Heiterkeit)

Ich möchte ja Ihre Argumente nicht verwerfen auf Anhieb heraus. Ich habe nur bisher nichts gefunden, was sachlich daran wäre. Aber es könnte doch sein, eines Tages das zu finden.

(Abg. Klein [CDU]: Das kommt dann vom Denken!)

Dabei möchte ich für mich — ich spreche jetzt nur für mich — eine kleine Bemerkung machen: Ist Ihnen eigentlich entgangen, daß die Ergänzung der ausgeschiedenen Mitglieder der Professoren der Universität Göttingen nicht mehr als ein Prozeß des Akademischen Senats, sondern fast als ein Prozeß der Selbstergänzung der Professoren im Gründungssenat vonstatten gegangen ist?

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Ist uns nicht entgangen!)

Verzeihen Sie, ich frage ja nur! Sie können ja auch werten!

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Ist uns nicht entgangen!)

Ist Ihnen nicht entgangen? Das ist fein! Und dabei ist es unsere Bemühung gewesen im Senat, das wissen Sie, teilweise unter Kritik der Öffentlichkeit, das Angebot der Universität Göttingen soweit als möglich aufrechtzuerhalten für die weitere Zusammenarbeit.

Wenn aber diese Universität Göttingen aus Gründen, die in dem Kollegialverständnis des Akademischen Senats zu ihren Professoren liegen, heute sich außerstande sieht, Professoren namhaft zu machen, bedeutet das dann, daß damit ein Modell in sich hinfällig geworden ist, oder bedeutet dies, daß, wenn andere Professoren aus anderen Universitäten bereit sind, für unsere Universität selbstverantwortlich mitzuarbeiten, daß diese Professoren von vornherein nicht mehr mit der Autorität des wissenschaftlichen Amtes, ihres Lehramtes und ihrer persönlichen und sachlichen Qualifikation dahinterstehen?

Ich glaube nicht, daß die soweit gegangen sind, sondern sie möchten eine Kooperation mit einer gewachsenen Universität im Hintergrund haben. Wir wiederum gehen heute davon aus, daß eine solche Kooperation mit einer Universität nicht möglich ist, und wir bemühen uns nun um andere Lösungen. Das ist die große Aufgabe des Kollegen Thape. Nur glaube ich, das Modell Bremen, Göttingen oder Killy, gleich, wie es auch genannt wird, abzustellen allein nur auf die Autorität einer Kooperation des Akademischen Senats Universität Göttingen, wäre nicht tragbar.

(Abg. Klein [CDU]: Haben wir gesagt ausweislich der Erklärungen!)

Ich möchte im Augenblick gar nicht gegen Sie argumentieren, schon gar nicht polemisieren. Ich wäre vorhin ja beinahe auf einem falschen Bein losmarschiert.

(Abg. Klein [CDU]: Ich möchte nur Ihr Nachdenken fördern!)

Das freut mich!

Nun lassen Sie mich noch ein Weiteres sagen. Ich meine, wenn das aber so ist, wäre nicht die Konsequenz die, die von Herrn Dr. Czichon, oder war es Herr Franke, angesprochen worden ist, nämlich zu sagen, was müssen wir tun, daß beim nächstenmal bei einem Versagen von auch nur einer Seite dennoch der Modellcharakter erhalten bleiben kann? Was sind die Schlußfolgerungen, die wir zu ziehen haben aus dieser Situation? Oder bedeutet es, suchen wir irgendwo eine autorisierte Gruppe?

Ich würde sagen, das Problem 6:3:3 ist nicht aufgebaut worden unter dem Gesichtspunkt von autorisierten Gruppen, denn der Vorschlag sechs Habilitierte, drei Assistenten, drei Studenten ist von Professor Killy entwickelt worden und hinterher vom Akademischen Senat in Göttingen mitgetragen worden.

(Abg. Klein [CDU]: Genau!)

Der Vorschlag 6:3:3 ist also ein Vorschlag gewesen von einem der Reform sich verschriebenen, in meinen Augen beachtlichen Wissenschaftler, dem ich sehr zu Dank verbunden bin für das, was er für Bremen getan hat.

(Beifall bei SPD und FDP)

Aber dieses Modell, dieser Vorschlag ist doch deswegen nicht aus der Welt. Die Frage kann doch nur

sein, haben wir im Senat eine Vorstellung, wie man verhindern kann, daß künftig Entscheidungen abgeblockt werden. Ich glaube, sowohl im nichtständigen Ausschuß des Parlaments als auch im Senat gibt es Vorstellungen, über die wir uns verständigen könnten.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Sieling zu beantworten?

Bürgermeister Koschnick: Bitte sehr!

Vizepräsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Bürgermeister, ist Ihnen bekannt, daß ausgerechnet Herr Professor Killy, der Schöpfer dieses Modells, erklärt hat, er habe mit großem Engagement mit der Arbeit begonnen, er habe aber leider feststellen müssen, daß es so in dieser Zusammensetzung nicht gehe?

(Abg. Ströh [SPD]: Die Frage haben Sie schon einmal gestellt!)

Bürgermeister Koschnick: Das ist mir bekannt. Ich habe den Artikel in der „Zeit" von Herrn Killy gelesen. Ich habe auch die Leserbriefe anderer Herren aus dem Gründungssenat gelesen. Ich kann nicht sagen, daß mir die studentischen Leserbriefe sehr sympathisch gewesen sind, aber ich bin bereit, so etwas zu ertragen. Nur eines kann doch als Fragestellung nicht stehenbleiben: Ist jetzt das Gründungsmodell nach dieser Frage gescheitert, weil Herr Professor Killy sagt, es geht nicht, oder ist es gescheitert, so wie Sie eben sagten, weil eine autorisierte Universität nicht mehr dahintersteht? Diese Frage müssen Sie uns jezt wieder beantworten.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Die haben wir durch unsere Stellungnahme beantwortet!)

Verzeihen Sie, gerade eben haben Sie mir hier entgegengehalten, wir sagen jetzt nein, weil keine autorisierte Universität dahintersteht. In der Zwischenfrage haben Sie gesagt, wir sagen nein, weil Killy meint, es sei gescheitert.

(Abg. Fischer [CDU]: Nein!)

Ach so, es war nur eine allgemeine Information! In Ordnung, dann bitte ich um Entschuldigung, daß ich so viel in die Fragen hineininterpretiert habe.

Lassen Sie mich aber noch einen weiteren Satz sagen. Ich sage ihn ganz bewußt und auch etwas polemisch: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Verständnis für politische Überlegungen hochschulpolitischer Art, die vom „Bremer Modell" wegführen, die unter Umständen deshalb wegführen, weil Sie sagen, wir möchten eine Kooperation mit einer gewachsenen Universität haben, oder die davon wegführen, weil nach eigener Auffassung diese Kooperationen nicht mehr tragfähig sind oder weil es bessere Vorschläge gibt. Für alles habe ich Verständnis. Aber in der gleichen CDU-Presseerklärung stand etwas drin, mit dem ich gar nicht fertig werde. Vielleicht könnten da einmal die Damen und Herren Stellung nehmen, die im nichtständigen Ausschuß des Parlaments gearbeitet haben. In Ihrer Erklärung heißt es nämlich, das Errichtungsgesetz für die Universität sei so unmittelbar auf die Person von Professor Killy zugeschnitten gewesen, daß auch von daher eine weitere tragbare Basis nicht gegeben ist.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist wieder eine Fehlinterpretation! Wir haben uns auf den Ausschuß bezogen und nicht auf die Person von Professor Killy!)

Bedeutet das wirklich im Ernst, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß eine wesentliche Fraktion dieser Bürgerschaft Gesetzgebungswerke betreibt, bezogen auf die zugegebene, nicht Ewigkeitsdauer einer Person auf diesem Erdenball? Sie haben sich in der Presseerklärung ausdrücklich auf die Person von Herrn Dr. Killy bezogen. Sie können doch die Presse selbst nachlesen. Vielleicht ist es wieder von der Presse falsch interpretiert worden, möglicherweise.

(Abg. Klein [CDU]: Sie müssen sich auf die Originalerklärung beziehen! — Glocke)

Vizepräsident Dr. Klink: Bitte keine Zwiegespräche! Das Wort hat der Präsident des Senats!

Bürgermeister Koschnick: Ich trage zunächst nur das vor, was ich aus den bremischen Tageszeitungen entnommen habe. Und da ich gewohnt bin, hier von Ihnen zu erfahren, daß Sie bremische Zeitungen zitieren, sollten Sie mir nicht vorwerfen, wenn ich auch gelegentlich Zeitungen lese.

(Abg. Fischer [CDU]: Werfen wir Ihnen gar nicht vor!)

Wenn es nun in Ihrer Presseerklärung heißt, es sei dem Killy-Ausschuß auf dem Leib geschneidert,

(Abg. Klein [CDU]: Das wollen wir gar nicht bestreiten!)

dann frage ich Sie, ist das wirklich der Ernst einer Parlamentsarbeit, bestimmten Ausschüssen ein Gesetz auf den Leib zu schneidern, oder geht es um wesentliche Grundsätze allgemeiner und tragfähiger Natur?

Natürlich sind in einem überschaubaren Kreis wie Bremen bestimmte Sachbezogenheiten auf Personen bezogen und umgekehrt. Das wissen wir genau. Aber eine solche Offenbarung, nicht mehr nach Grundsätzen zu entscheiden, sondern bestimmten Ausschüssen zugeschnittene Gesetzentwürfe vorzulegen, und wenn ein solcher Ausschuß unter Umständen nicht mehr personenidentisch ist, sich dann von einem Gesetzentwurf zurückzuziehen, ist zumindest eine beachtliche fragwürdige Leistung einer Fraktion. Das möchte ich für mich festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, der Kollege Dr. Sieling, hat hier heute wiederholt erklärt, die CDU-Fraktion lege keinen Wert auf eine Universitätsdebatte. Der eine Tagesordnungspunkt und der andere Tagesordnungspunkt — so habe ich Sie verstanden, bitte korrigieren Sie mich, Herr Dr. Sieling — hätten hierzu den Anlaß nicht geboten. Es stehen ja, wie schon an anderer Stelle erwähnt, zwei Tagesordnungspunkte hier auf der Tagesordnung. Und nun, meine Damen und Herren, muß ich, so leid es mir tut, hier aus der Schule plaudern, und zwar aus der Interfraktionellen Sitzung. Ich habe in der Interfraktionellen Sitzung — die Damen und Herren, die dabei waren, auch Ihre beiden Stellvertreter, Herr Dr. Sieling, nämlich Herr Kollege Fischer und Herr Filzen, können das bestätigen — die Frage gestellt: Legt die CDU-Fraktion angesichts dieser beiden Tagesordnungspunkte Wert auf eine Debatte? Nach meinen Erfahrungen als Mitglied dieses nichtständigen Ausschusses, nach meiner persönlichen Meinung und nach der Auffassung der FDP-Fraktion ist das nicht so. Dann hat Herr Kollege Fischer — er mag hier dazu Stellung nehmen — gesagt, jawohl, die CDU-Fraktion legt Wert auf diese Debatte.

(Präsident Engel übernimmt wieder den Vorsitz)

Das muß ich hier einmal in aller Klarheit und Nüchternheit feststellen. So geschehen am 12. März 1970 in der Interfraktionellen Sitzung.

(Abg. Kähler [SPD]: Das ist eine persönliche Meinung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war nicht der eigentliche Anlaß meiner Wortmeldung. Der eigentliche Anlaß war, daß ich vorhin eine Frage nicht stellen konnte. Die möchte ich von dieser Stelle an die CDU-Fraktion richten, und zwar lautet diese Frage:

Müssen wir in Zukunft seitens der CDU damit rechnen, daß a) die sachlich gute Zusammenarbeit in den nichtständigen Ausschüssen für das Hochschulwesen und für das Fachhochschulwesen mit der CDU wie bisher weitergeht und b) die CDU im Plenum auf Kollisionskurs geht, oder wird sich das grundsätzlich alles ändern?

(Abg. Erbel [CDU]: Was soll das?)

Ich möchte das gern wissen, meine Damen und Herren, weil schon Herr Kollege Dr. Czichon und, ich glaube, auch Herr Kollege Franke hier vorhin erklärt haben, daß wir die gute sachliche Zusammenarbeit der drei Parteien durchaus geschätzt haben.

Ich stehe nicht an, das hier noch einmal zu wiederholen. Ich habe das am 28. Januar hier getan, Herr Kollege Dr. Sieling, und war sogar so vermessen, damals zu sagen, dieses „Bremer Modell" ist für mich insofern auch schon mehr, weil nämlich auch hier in Bremen etwas praktiziert wird in der Zusammenarbeit von drei Parteien auf dem Gebiet der Hochschulpolitik, was es beileibe nicht in anderen Bundesländern gibt. Und auch insofern wäre es ein „Bremer Modell". Und ich glaube, wenn man sich an diese Dinge einmal zurückerinnert, sind diese Fragen durchaus berechtigt.

Aber, meine Damen und Herren, ein anderer Punkt! Es ist hier von parteipolitischen Akzenten gesprochen worden, die möglicherweise bei der Werbung von Professoren eine Rolle spielen könnten. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, obwohl ich nun alles andere als etwa Berufungsinstanz für die bremische Universität bin,

(Abg. Fichtner [NPD]: Schade!)

Gott sei Dank nicht, ich kann Ihnen versichern, daß sich interessierte Leute bewerben, und vielleicht ist es bei Ihnen auch so, und zwar nicht aus dem Lager des SDS und nicht aus dem Lager etwa des linksradikalen Flügels insgesamt — da gibt es ja also eine ganze Menge von Organisationen —, sondern durchaus Leute, die heute an alten renommierten Universitäten lehren. Auf das Attribut „deutsche" verzichte ich dabei.

Im übrigen hat die FDP, Herr Kollege Dr. Sieling, und meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ja schon vor etwa vier Wochen — das konnten Sie auch aus der Presse lesen — ganz klar erklärt: Wir sind in der Vergangenheit für eine fortschrittliche Hochschule eingetreten, wir werden das aber auch in der Zukunft tun. Wir meinen nämlich, daß sowohl die alten hierarchischen Strukturen der Universität, als aber auch Postulate, mit denen man vieleicht eine Universität neu aufbauen will, die von Ideologien herstammen, die auch hundert Jahre alt sind, eben nicht geeignet sind für eine moderne Universität.

Das ist unsere Haltung. Und ich wiederhole hier noch einmal, meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion sieht deshalb in gar keiner Weise eine Veranlassung, in den bildungspolitischen Schmollwinkel und schon gar nicht, meine Damen und Herren, in die ganz reaktionäre Ecke zu gehen. Wir werden diese Arbeit weiter tun, und ich möchte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hier jetzt doch einmal etwas tun, was ich sonst nicht tue, ich möchte voraussagen, daß diese bremische Universität ihren Weg schon machen wird.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Dr. Sieling, wir sollten bei der sachlichen Auseinandersetzung über die jetsige Haltung der CDU die Dinge wirklich so aussprechen, wie sie sich bei unserer gemeinsamen Arbeit im Ausschuß vollzogen haben. Wenn Sie mit Ihrer damaligen Haltung von Ihrer Fraktion überstimmt worden sind und Ihre Fraktion jetzt der Meinung ist, Göttingen oder Anbindung an eine

andere Universität, das ist die Conditio sine qua non, nun gut, das muß man wahrscheinlich auch als Fraktionsvorsitzender hinnehmen, daß man überstimmt wird.

Aber im Ausschuß damals — und ich darf vielleicht mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren — —

Präsident Engel: Bevor Sie fortfahren, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Sieling beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Ja, bitte!

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Kollege Franke, haben Sie vorhin gehört, daß ich ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß am 3. 3. von mir im wesentlichen das vertreten worden ist — gemeinsam mit unseren Freunden in diesem Ausschuß —, was wir als Fraktion später am 9. 3. vor der Presse vertreten haben?

Abg. **Franke** (SPD): Herr Kollege Dr. Sieling, und gerade das bestreite ich. Ich sagte gerade, Sie sollten zugeben, daß Sie überstimmt worden sind, daß Ihre Haltung ursprünglich eine andere war.

(Abg. Klein [CDU]: Warum sind Sie so sicher?)

Sie haben im Ausschuß damals gesagt — und ich darf jetzt zitieren —: „Abgeordneter Dr. Sieling gibt zu verstehen, daß der Gründungssenat noch existiert, es fehlten lediglich sechs Mitglieder, die durch Gespräche" — und jetzt kommt's — „mit anderen Stellen wieder ergänzt werden sollten. Diese Aufgabe obliege dem Senat der Freien Hansestadt Bremen."

(Hört, hört! bei der SPD — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Datum der Sitzung?)

„Andere Stellen"! Hier heißt es nicht „Universität Göttingen". Das ist die Sitzung vom 9., wenn ich nicht irre.

(Abg. Dr. Johanne Wolff [CDU]: 9. wann?)

Hier steht drin: Protokoll der Sitzung 9. Februar 70.

(Zurufe von der CDU — Unruhe — Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Franke, der Abgeordnete Dr. Czichon möchte eine Frage an Sie richten. Sind Sie bereit?

Abg. **Franke** (SPD): Ja!

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Czichon!

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Kollege Franke, ist Ihnen nunmehr bekannt, daß der Abgeordnete Dr. Sieling sich am 3. März im Einvernehmen mit seiner Fraktion befunden hat, nicht jedoch bei der Sitzung vom 9. Februar, auf die Sie Bezug genommen haben?

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Ja, da waren ja die Verhältnisse noch nicht so! — Lachen und Oho-Rufe bei der SPD — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Da waren doch noch ganz andere Voraussetzungen! — Zurufe von der SPD — Unruhe)

Abg. **Franke** (SPD): Gut, ich nehme den Eiertanz — entschuldigen Sie das harte Wort — des Abgeordneten Dr. Sieling zur Kenntnis.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Franke, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Sieling beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Bitte, gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Kollege Franke, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß der Eiertanz auf Sie bezogen werden muß, wenn Sie nämlich hier zitiert haben aus einer Sitzung vom 9. 2., und uns gesagt haben, das sei ein Protokoll vom 9. 3.?

Abg. **Franke** (SPD): Habe ich nicht gesagt!

(Starke Unruhe und Heiterkeit bei der SPD)

Herr Dr. Sieling, ich stelle fest, daß in der entscheidenden Ausschußsitzung, wo wir die Empfehlung des gemeinsamen Ausschusses formuliert haben, volle Übereinstimmung, Einmütigkeit aller Mitglieder geherrscht hat.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Am 9. 2. noch!)

Moment! Aller Mitglieder geherrscht hat: Wir empfehlen der Bürgerschaft und wir empfehlen dem Senat, er möge das „Bremer Modell" fortsetzen und möge für die fehlenden Professoren neue berufen, wobei keine Einmütigkeit darüber bestand, es muß nur Göttingen sein, sondern Einmütigkeit bei allen darüber bestand, wo sie herkommen, ist Sache des Senats. Das war unser aller Auffassung.

Und nun ist der Senat nach Göttingen gegangen, und Göttingen hat nein gesagt, und da korrigiert sich der Abgeordnete Dr. Sieling. Da korrigiert er sich, und sagt, das, was vorher gegolten hat, daß wir nämlich gesagt haben, das Gründungsmodell muß fortgesetzt werden, der Senat möge sich bemühen, wo immer, das kann ich nach Göttingen nicht mehr aufrechterhalten.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Nein, nein!)

Und das, Herr Dr. Sieling, habe ich mir erlaubt, Eiertanz zu nennen. Gott, es ist doch einer.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist eine unfreundlich und falsche Bemerkung!)

Wissen Sie, meine Damen und Herren, es ist doch eine Fiktion, wenn Sie glauben, daß die Autorität

einer Universität Professoren anders anzubinden imstande ist, als wenn man einzelne Professoren beruft. Hinter den Berufungen der einzelnen Professoren steht die Autorität des Bremer Senats, der sich nämlich diese Professoren anschauen wird.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Dagegen haben wir auch keine Bedenken, Herr Franke!)

Natürlich, ich halte nun mal die Autorität des Bremer Senats für kreditwürdig genug, Professoren zu holen, die für eine funktionierende Universität sorgen werden.

Diese Haltung, Herr Kollege Dr. Sieling, haben Sie auch mit uns gemeinsam gehabt, und da hat Ihre Fraktion offensichtlich etwas anderes gedacht, und dann haben Sie auch anders gedacht. Das alles hat sich doch heute nachmittag vor unser aller Augen abgespielt. Ich meine, eine bestehende Universität ist in ihren inneren Konfliktsituationen keine Garantie dafür, daß die Professoren, die aus dieser Universität kommen, besser arbeiten, als die Professoren, die vom Senat ausgesucht werden. Und insofern, weil es keine Sachbegründung für dieses Umfallen gibt, scheint mir, daß, nachdem Sie sachlich mit uns im Ausschuß gearbeitet haben, Sie dann nur strategisch und taktisch in Ihrer Fraktion diskutiert haben. Und es scheint mir wirklich eine strategisch-taktische Linie im Hinblick auf kommende Termine zu sein, die Sie auf diese neue Haltung gebracht hat.

Nun, da der Herr Kollege John schon prophezeit hat, ich darf Ihnen das auch prophezeien:

(Abg. Klein [CDU]: Seien Sie vorsichtig!)

Ihre taktische Linie, jetzt auf Kollisionskurs zum „Bremer Modell" zu gehen, diese taktische Linie kann im Grunde genommen nur begrüßt werden, denn mit dieser taktischen Linie, meine Damen und Herren von der CDU, werden Sie eines erreichen: Sie werden staunend vor einer funktionierenden Bremer Universität stehen, vor einer Bremer Universität, die dann gegen Ihre Haltung zustandegekommen ist.

(Abg. Vorsatz (NPD): Darüber lachen sogar die Hühner!)

Und Sie werden es der Sozialdemokratie sehr leicht machen, im Wahlkampf darauf zu verweisen, daß diese Universität eine von der Koalition gegen die CDU gegründete Universität ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf einige Bemerkungen von Herrn Bürgermeister Koschnick und Herrn Kollegen John eingehen. Aber jetzt hat gerade noch Kollege Franke gesprochen, und ich möchte vorweg versuchen, einiges von dem, was er gesagt hat, zu erörtern. Dabei räume ich ein, Herr Kollege Franke, daß das für mich nicht einfach ist, weil Sie Ihre Position derart verabsolutieren und so fest daran glauben, daß Sie sich vielleicht einer sachlichen, aufgeschlossenen Diskussion nicht mehr richtig öffnen können.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie wissen zum Beispiel wie ein Prophet, daß Herr Dr. Sieling überstimmt worden ist. Sie wissen mit einer apodiktischen Sicherheit, daß wir das nur aus taktischen Gründen gemacht haben,

(Abg. Kähler [SPD]: Andere Gründe haben Sie ja nicht!)

dieses angebliche Lösen vom „Bremer Modell". Wenn Sie das so genau wissen, ohne daß es stimmt, dann ist allerdings der Boden der sachlichen Aussprache verlassen.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Franke beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Sehr gern! Ich werde die Hoffnung nie aufgeben.

Präsident Engel: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Kollege Klein, vielleicht kommen wir weiter: Sind Sie imstande, mir zu erklären, wie es dazu gekommen ist, daß die Bejahung des „Bremer Modells" ohne ausschließliche Koppelung an Göttingen, die ausgesprochen worden ist von Ihren drei Vertretern im gemeinsamen Ausschuß — niedergeschlagen in der gemeinsamen Erklärung —, daß diese Bejahung des „Bremer Modells" nicht unter Koppelung an Göttingen heute als Koppelung an Göttingen und deswegen nicht mehr relevant hingestellt wird?

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege, der Sinn meines Auftritts hier ist der,

(Abg. Kähler [SPD]: Auftritt ist richtig!)

Ihnen das zu erklären. Bitte, seien Sie wohlwollend, Herr Kollege! Deswegen möchte ich jetzt nicht konkret sofort darauf eingehen, sondern ich möchte im Zusammenhang antworten

(Abg. Ströh [SPD]: Nicht vergessen, Herr Klein!)

und erst auf das eingehen, was Sie meiner Fraktion soeben zu sagen beliebten. Sie haben sicherlich dafür Verständnis.

Also, es ist nicht wahr, daß Herr Dr. Sieling von seiner Fraktion überstimmt worden ist. Und es ist ebenso unwahr, daß wir das aus parteitaktischen oder wahltaktischen Gründen gemacht hätten. Wir sind von ernsthaften Sachargumenten getragen. Das muß hier einmal unterstrichen werden. Ich bin gern bereit, Ihnen diese Sachargumente, soweit Sie die nicht aus der Pressekonferenz und der Berichterstat-

tung darüber entnehmen konnten, in aller gebotenen Kürze vorzutragen.

(Abg. Stäcker [SPD]: Bitte!)

Wir haben es bei dieser Lage — Sie werden es erkennen müssen — nicht nötig, irgendwie zu kneifen. Deswegen ist auch völlig richtig dargestellt worden, daß wir uns für eine Debatte eingesetzt haben.

(Zurufe von der SPD: Also doch!)

Ja selbstverständlich, nur war soeben offenbar das Mißverständnis aufgetaucht, daß der Punkt Berichterstattung bereits erledigt war und daß der Antrag der NPD in nicht richtiger Weise begründet war. Dieses Mißverständnis ist vielleicht ausgelöst worden durch ein Monitum des Herrn Präsidenten, der sicherlich zu Recht moniert hat. Aber das schließt ja nicht aus, daß Mißverständnisse entstehen. Daraus abzuleiten, daß wir eine Debatte scheuen, meine Damen und Herren, das allerdings

(Abg. John [FDP]: Sie wollten sie doch in der interfraktionellen Besprechung!)

heißt Eulen nach Athen tragen.

Wir haben in langen Beratungen nicht nur aus Anlaß des Rücktritts dieser sechs Professoren festgelegt — ich habe dieses Wort „festgelegt" jetzt ganz bewußt gewählt —, was für uns an Strukturbasiselementen einer künftigen deutschen Universität unverzichtbar ist. Herr Bürgermeister Koschnick wollte soeben Grundsätzliches von uns wissen. Ich bemühe mich auch jetzt, dieser Forderung nachzukommen.

(Bürgermeister Koschnick: Ich höre zu!)

Wir sind der Auffassung, daß eine künftige deutsche Universität in Bremen eine fortschrittliche Universität sein muß, das heißt, daß sie eine hohe Effektivität haben muß, daß sie die gesellschaftspolitischen Erfordernisse erfüllen muß, und daß eine sachgerechte, funktionsgerechte Mitwirkung und Beteiligung der einzelnen Gruppen der Universität sichergestellt werden muß. Wir sind aber ebenso engagiert dafür, daß die Pluralität der Wissenschaft institutionell gesichert wird. Wir sind dafür, daß ein deutscher Wissenschaftler an einer deutschen Universität voraussetzungslos Wissenschaft betreiben kann. Wir sind axiomal dagegen, daß von vornherein eine gesellschaftspolitische Reglementierung der Freiheit von Forschung und Lehre erfolgen kann.

(Beifall bei der CDU — Abg. John [FDP]: Darüber sind wir uns einig! — Glocke)

Präsident Engel: Herr Ströh steht am Mikrophon. Wollen Sie seine Zwischenfrage beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Bitte schön!

Präsident Engel: Bitte, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** [SPD]: Herr Klein, kann ich davon ausgehen, daß auch die CDU bisher der Meinung war, daß Ihre Voraussetzungen, die Sie an die Arbeit einer Universität richten, davon abhängig sind, daß die bisherige Zusammensetzung des Gründungssenats — sechs Hochschullehrer, drei Assistenten und drei Studenten, der Fachbereichskommissionen drittelparitätisch und der Studienkommisionen halbparitätisch — unverändert zu bleiben hat und daß damit dann die Voraussetzungen für die von Ihnen genannten Voraussetzungen, für das, was Sie eben gefordert haben, gegeben sind?

Abg. **Klein** (CDU): Ich freue mich, Herr Ströh, daß ich mich Ihnen gegenüber zumindest verständlich gemacht habe. Genau davon dürfen Sie ausgehen. Ich will es Ihnen aber noch erklären. Wir haben bei dieser Bejahung des sogenannten Gründungsmodells vertraut den sechs Professoren, vorgeschlagen von einer alten deutschen Universität, weil wir der Auffassung waren, daß diese Vertreter einer alten deutschen Universität diese unverzichtbaren Elemente, die ich soeben versuchte zu kennzeichnen, nicht in Frage stellen würden. Deswegen haben wir uns für diese paritätische Zusammensetzung eingesetzt.

Jetzt ist die Lage aber anders, und das hat Herr Dr. Sieling hier ja klar zum Ausdruck gebracht. Jetzt ist für uns der Garant dafür, daß diese unverzichtbaren Voraussetzungen weiterhin erfüllt werden, entfallen, und es ist unsere Pflicht, unsere Besorgnisse zu formulieren, und das haben wir getan.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kähler [SPD]: Das war die Kaiserliche Werft!)

Herr Kollege John, ob das ein Gegenkurs ist, müssen wir abwarten. Das kommt auf Sie an. Sie sind ein Liberaler. Wenn Sie sich für eine einseitige gesellschaftspolitische Reglementierung einer freien deutschen Universität einsetzen, können Sie das mit Ihren Auffassungen letztlich nicht mehr vereinbaren.

(Abg. John [FDP]: „Weser-Kurier" vom 28. Februar, können Sie nachlesen!)

Das können Sie dann hier vielleicht auch sagen, wenn Sie mir zustimmen! Kleine Freude tut gut!

(Abg. John [FDP]: Ich hatte angenommen, daß Sie gelegentlich auch Zeitung lesen! — Abg. Koschek [CDU]: Freude tut Klein gut!)

Herr Kollege John, Sie müßten als Sprecher Ihrer Fraktion und Ihrer Partei sich mit uns für die Sicherung der Pluralität und Voraussetzungslosigkeit der deutschen Wissenschaften einsetzen. Wenn Anhaltspunkte vorhanden sind, die die Gefahr begründen, daß das in Zukunft ausgerechnet in Bremen nicht mehr gesichert ist, dann müßten auch Sie alarmiert sein. Ich gebe zu, dieser Artikel im „Weser-Kurier" läßt mich hoffen. Aber wenn ich Sie dann hier so höre, dann fällt die Hoffnung wieder etwas zusammen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Deswegen muß ich mich dann wieder etwas enga-

gieren, um die letzten substantiellen Reste Ihres Liberalismus zu aktivieren.

(Abg. Ströh [SPD]: Was ist das für eine billige Polemik! — Abg. John [FDP]: Von Ihrer konservativen Basis, das ist allerdings beachtlich, muß ich sagen!)

Nein, das hat mit konservativ in einem abträglichen, negativen Sinne nichts zu tun. Aber ich bekenne mich zu einer konservativen Haltung, wenn es darum geht, das Alte, Bewährte zu erhalten, und das, was abgeschafft werden muß, abzustoßen.

(Hört, hört! bei der SPD — Beifall bei der CDU)

Und Sie können doch nicht bestreiten — und Sie, glaube ich, auch nicht, meine Damen und Herren von der SPD —, daß dieses Prinzip der qualitativen und quantitativen Voraussetzungslosigkeit des Betreibens von Wissenschaft ein unverzichtbarer Bestandteil ist, den es zu bewahren gilt.

(Abg. Ströh [SPD]: Wer bestreitet das denn?)

Und wenn man das als einen billigen Konservatismus abtut, dann allerdings, meine ich, sollte man mit uns besorgt sein und unsere Initiative stützen.

(Abg. Kähler [SPD]: Worin liegt die denn?)

Herr Bürgermeister Koschnick, Sie hatten zu Anfang Ihrer Ausführungen eine sehr wichtige Bemerkung gemacht und eine Frage meiner verehrten Kollegin Frau Dr. Wolff —

(Bürgermeister Koschnick: Auch von mir verehrten!)

ich freue mich, daß wir insoweit übereinstimmen, Herr Bürgermeister —

(Heiterkeit)

hervorgelockt. Natürlich haben wir uns eingesetzt für die Sicherung der Finanzierung der Universität. Natürlich war die Sicherung der Finanzierung der laufenden Kosten ein ganz wichtiges Datum für den Baubeginn, bloß, als diese Finanzierung dann sichergestellt war, konnte nicht gebaut werden. Warum nicht? Weil das Strukturmodell nicht entwickelt war! Warum nicht? Weil der Gründungssenat nicht funktioniert hat!

(Bürgermeister Koschnick: Glauben Sie, daß der alte Gründungssenat das hätte machen können?)

Sie müssen also das Finanzielle, Wirtschaftliche, Materielle, Räumliche trennen von dem geistigen Prozeß der Vorbereitung und Festlegung des inneren Strukturmodells. Und da haperte es eben, und da hapert es immer noch. Es ist auf diesem Gebiet der Vorbereitung des Strukturmodells nichts geschehen.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Was, nichts geschehen?)

Nichts geschehen mit Effektivität, mit Ergebnischarakter, gnädige Frau! Es liegt doch nichts vor. Worüber wir uns jetzt streiten, wegen der Änderung der personellen Zusammensetzung, die sich abzeichnet, ist doch lediglich das Gründungsmodell. Was aber da nun entwickelt werden soll durch das Gremium, um dessen Zusammensetzung wir uns streiten, das ist doch noch in der Ferne, was bisher getan wurde, ist in den Sand, in das Wasser geschrieben.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten John beantworten, Herr Klein?

Abg. **Klein** (CDU): Bitte schön!

Präsident Engel: Bitte, Herr John.

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Klein, ist Ihnen bekannt, daß Vertreter der drei demokratischen Parteien — —

(Abg. Vorsatz [NPD]: Vier, Herr John!)

Ich rede von drei demokratischen Parteien.

Ist Ihnen bekannt, Herr Kollege Klein, daß die Vertreter der drei demokratischen Parteien, als sie mit den studentischen Mitgliedern des Gründungssenats am 4. Februar gesprochen haben, auf der jetzigen paritätischen Besetzung nach dem „Bremer Modell" 6:3:3 bestanden haben?

Abg. **Klein** (CDU): Aber Pardon, Herr Kollege! Ich benutze gern die Möglichkeit, Ihnen antworten zu dürfen, um es Ihnen nun wirklich klarzumachen, was wir gemeint haben. Wir haben uns ja nicht völlig vom „Bremer Modell" distanziert, sondern wir haben Bedingungen aufgestellt.

(Abg. Fischer [CDU]: Darauf kommt es an!)

Darauf kommt es an! Es ist doch einfach nicht wahr, daß

(Abg. Brinkmann [SPD]: Welche Bedingungen?)

wir das verbrannt haben, was wir angebetet hätten. Wir haben gesagt, die Göttinger sind ausgezogen, aber unter den Voraussetzungen dieses Modells können jetzt andere Hochschullehrer einer deutschen Universität einziehen, damit wieder die korporative und kooperative Verantwortung sichergestellt wird, die für uns der Garant war dafür, daß diese unverzichtbaren Basiselemente erhalten blieben.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Klein, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Horst-Werner Franke beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Kollege Klein, ist Ihnen bekannt, daß diese Bedingungen, von denen Sie da sprechen, von keinem Ihrer Mitglieder auf keiner Sitzung des Ausschusses formuliert worden sind?

Abg. **Klein** (CDU): Da war doch die Lage noch gar nicht eingetreten, Herr Kollege.

(Lachen und Zurufe bei der SPD)

Ich freue mich, daß Sie durch diese Frage zu erkennen geben, daß Sie mir zumindest folgen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Denn in dieser Zeit, die Sie jetzt ansprechen, bestand doch für Herrn Dr. Sieling überhaupt keine Notwendigkeit, mit uns das in diesem Sinne zu besprechen, weil die Göttinger noch drin waren.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Klein, wollen Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Franke beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Ja, gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Ist Ihnen in diesem Zusammenhang bekannt, Herr Kollege Klein, daß alle Mitglieder des Ausschusses, also auch die drei CDU-Mitglieder, darüber belehrt worden waren

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Belehrt?)

— unter anderen von Herrn Senator Thape, von Herrn Senatsdirektor Kreuser —, daß die Fortsetzung der Patenschaft Göttingens keineswegs sicher ist und damit zu rechnen sei, daß diese Patenschaft nicht fortgesetzt wird?

Abg. **Klein** (CDU): Aber, Herr Kollege, gerade deswegen sind wir doch so flexibel in der Aussage für die Zukunft, gestützt auf unsere Grundsätze. Wir haben ja gesagt, es möge versucht werden, eine andere Patenschaft herzustellen. Es gibt ja schließlich nicht nur Göttingen in der deutschen Universitätslandschaft. Und dann haben wir sogar gesagt, wenn das nicht möglich sein sollte, dann allerdings könnte man die Paritäten verändern im Interesse einer Vermehrung dieses Einflusses der Fachautorität der Professoren, von denen wir immer noch annehmen, daß sie nicht den Ast absägen wollen, auf dem wir alle sitzen.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Ströh beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Kollege Klein, sind Sie darüber informiert worden, daß gerade diese Belehrung, wie es Kollege Franke genannt hat — —

Abg. **Klein** (CDU): Das teile ich nicht, das Wort „Belehrung"!

Abg. **Ströh** (SPD): — — die Information von Herrn Senator Thape als auch von Herrn Senatsdirektor Kreuser am 9. 2. erteilt worden ist? Der 9. 2. ist der Termin, an dem Ihre Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion dieser Erklärung zugestimmt haben.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Da bestand die Patenschaft ja noch!)

Abg. **Klein** (CDU): Die Stellen, die dort erwähnt sind, sind immer so aufzufassen gewesen. Sie müssen das ja im Zusammenhang sehen mit der Patenschaft einer deutschen Universität, daß es sich dann um andere Universitäten handelt. Ich selbst habe das Wort „andere Stellen" in einer Universitätsdebatte hier gebraucht. Als es darum ging, daß wir die politische Verantwortung des Senats für das Scheitern des Gründungssenats herausstreichen wollten, da habe ich von anderen Stellen gesprochen und zum Beispiel die Universität Göttingen erwähnt. So ist das auch von Herrn Dr. Sieling verstanden worden, und ich bitte Sie, es auch jetzt weiterhin so zu verstehen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich habe Ihnen Aufschluß gegeben. Es sind keine Fragen mehr da. Ich bedanke mich aufs herzlichste.

(Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD — Abg. Ströh [SPD]: Billiger gehts nicht!)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Czichon.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist mir in den Ausführungen des Kollegen Klein doch noch einiges dunkel geblieben. Vor allem ist mir völlig unverständlich, was hier unter „voraussetzungsloser Wissenschaft" verstanden wird. Jede Wissenschaft geht aus von bestimmten wissenschaftlichen Vorergebnissen, sie geht aus von bestimmten materiellen Voraussetzungen, und sie geht aus von gewissen gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen ihrer Arbeit. Ich weiß also nicht, was „voraussetzungslose Wissenschaft" sein soll, die hier so als hehres Idol einer Universitätsgründungspolitik angesehen wird.

(Bürgermeister Koschnick: Die reinste Theologie!)

Mir ist das völlig schleierhaft. Und auch Ihre übrigen Ausführungen haben wirklich nicht zu einer Erhellung unserer Gehirne beigetragen, denn es wird nur

immer wieder gesagt, die Universität Göttingen sei ja noch dagewesen, die uns die Garantie gab, daß hier in Bremen keine krummen Sachen gemacht wurden.

Nun, ich habe deutlich gemacht, daß es eine Patenschaft nicht gegeben hat, daß überhaupt keine Kooperation zwischen Gründungssenat und Universität Göttingen dagewesen ist. Insofern verwirren mich immer wieder diese eigenartigen Patenschaftsbegriffe. Ich würde meinem Kind zumindest keinen CDU-Paten geben, wenn die Patenschaft eben in nichts besteht.

(Z u r u f e von der CDU — Zurufe und starke Unruhe bei der SPD)

Das ist doch eine Autoritätsgläubigkeit, Herr Klein, die ich gerade bei Ihnen am allerwenigsten erwartet habe!

(Glocke — Glocke)

Präsident Engel: Einen Augenblick, Herr Dr. Czichon! Herr Brinkmann, mir wird gerade hier zugetragen, daß Sie einen unqualifizierten Zwischenruf gemacht haben. Ich bitte Sie, solche Auslassungen zu unterlassen.

(Abg. G ö t z e [SPD]: Das war das Temperament, Herr Präsident! — Weiter starke Unruhe)

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Es ist doch ausgesprochener Autoritätsglaube, wenn man einfach sagt, die Universität Göttingen ist uns Gewähr dafür, daß alle Professoren, die von der Universität Göttingen vorgeschlagen werden, ohne jede Einschränkung und ohne jede nähere Prüfung mit Sicherheit die Gewähr geben, daß kein „Roter" darunter ist und daß mit Sicherheit keine unerwünschten Mehrheiten im Gründungssenat entstehen.

Ich meine, es ist ein viel höheres Maß an Gewähr für eine effektive und sachgerechte Arbeit des Gründungssenats, daß man sich die zu berufenden Hochschullehrer als einzelne wissenschaftliche Persönlichkeiten auf ihren Wert und ihre Qualifikation hin ansieht. Wir jedenfalls meinen, daß die Landesregierung diese ihre Aufgabe sicherlich sehr ernst nehmen wird und daß diese Prüfungsmöglichkeit weit zuverlässiger ist als der Glaube an die Erleuchtung einer Universität, die mit Sicherheit nur gute und geeignete Leute schicken wird.

Ich bedaure, daß die Frage der Patenschaft mit keinem Wort irgendwie substantiiert worden ist, und sehe in der Existenz der Patenschaft, wie die CDU sie versteht, überhaupt nichts, was Ihre Meinungsbildung hätte beeinflussen können.

Insofern ist auch der Besuch Senator Thapes in Göttingen in diesem Zusammenhang ohne jegliche Bedeutung gewesen. Es bleibt dabei, daß hier ein rationaler Grund für Ihren Meinungswandel unter keinen Umständen zu finden sein wird, und es ergibt sich die vielleicht hoffnungsvolle Schlußfolgerung, daß Sie nicht rational reagiert haben, sondern emotional aufgrund eines Briefes von Herrn Albers, der wirklich einige schockierende Worte enthalten hat. Insofern ist die Reaktion Ihrer Fraktion seinerzeit im „Weser-Kurier", meine ich, recht zutreffend dargestellt worden. Hier ist eine Verschreckung durch Reizworte erfolgt. Aus diesem Grunde hoffe ich, daß der Grabgesang auf die gemeinsame Zusammenarbeit, den ich vorhin vielleicht etwas voreilig gegeben habe, verfrüht war,

(Abg. D r . S i e l i n g [CDU]: Das war voreilig!)

und daß Sie über diese emotionale Reaktion hinwegkommen und wir übermorgen wieder zu fruchtbarer Arbeit zusammenkommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle Versuche von Herrn Franke und Herrn Dr. Czichon und auch von Herrn John, wie der alte Nachtwächter im Mittelalter etwas zu suchen, was bei der CDU-Fraktion sein sollte, müssen einfach mißlingen.

(Abg. J o h n [FDP]: Wir bedanken uns dafür!)

Sie könnten erst sagen, was die CDU-Fraktion bewogen hat, sich so zu verhalten, wenn sie Mitglied unserer Fraktion werden und hospitieren würden. Solange sie aber an unseren Fraktionssitzungen nicht teilnehmen, sind das alles Vermutungen.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Schepers, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Uhde beantworten?

Abg. **Schepers** (CDU): Ja, gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Uhde!

Abg. **Uhde** (SPD): Herr Abgeordneter Schepers, können Sie sich auch die Möglichkeit vorstellen, daß man nicht unbedingt Mitglied Ihrer Fraktion sein muß, um hier in diesem Plenum Auskunft zu bekommen, welche sachlichen Gründe Sie zu Ihrer Haltung bewogen haben?

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Davon hat er ja gar nicht geredet!)

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Uhde, Sie haben völlig recht, nur muß man dann nicht Behauptungen aufstellen, die sachlich nicht zu untermauern sind.

Ich darf aber zur Ergänzung einiger Darstellungen, die hier gegeben worden sind, mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten vielleicht Zitate, die mit zur Klärung beitragen können, zur Kenntnis geben:

In dem Brief vom 10. 2. 1970, den die Damen und Herren bekommen haben, stellen die sechs Profes-

soren von Göttingen fest, daß sie immer noch die Hoffnung haben, daß die Bremer Universität noch etwas wird. Sie wird nicht werden, wenn Opportunismus und politisches Zweckmäßigkeitsdenken mehr wiegen als Tatsachen, wenn man glaubt, das Ausscheiden von engagierten und erfahrenen Hochschullehrern nur als vorübergehende Schwierigkeit ansehen zu dürfen. Solange die Ursachen dieser Schwierigkeit bestehen bleiben, wird auch die Zukunft der Universität Bremen nicht besser aussehen.

Das ist das eine Zitat, was ich Ihnen bringen wollte. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitiere ich aus einem weiteren Brief vom 16. 2., von Herrn Professor Killy, der die Äußerungen der studentischen Vertreter nicht als lapsus linguae, wie Herr Dr. Czichon das zu tun versuchte, hinstellt, sondern als das hinstellt, was er, Professor Killy, als der Mann, der den Bremern das Modell beschert hat, von diesen Dingen hält. Er sagt dort:

„Die Formulierung von Herrn Albers und Herrn Behlmer, wir haben versucht und werden weiter dafür sorgen, daß Vorschläge studentischer Kollektive, Basisgruppen und roter Zellen in die Arbeit der Fachbereichskommissionen einbezogen werden, zeigt genau, woran wir, der Gründungssenat, gescheitert sind und woran man auch künftig scheitern wird, wenn sich die Voraussetzungen nicht ändern. Zu einer Änderung der Voraussetzungen gehört, daß die Assistentenschaft mit dem so erklärten Ziel nicht solidarisch bleibt und daß die politischen Stellen in Bremen dieses Ziel klar erkennen und wissen, ob sie sich diese zu eigen machen wollen oder nicht."

(Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr richtig!)

Das sind die Dinge, die in unserer Fraktion eine Rolle gespielt haben. Sie können nicht im Nachhinein als so etwas dargestellt werden wie ein Sinneswandel im Hinblick auf den 3. oder 9. Februar. Das muß hier einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten John beantworten?

Abg. **Schepers** (CDU): Ja!

Präsident Engel: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Kollege Schepers, würden Sie, bevor Sie das Rednerpult verlassen, mir nun vielleicht sagen können, weshalb die CDU-Fraktion in der Interfraktionellen Sitzung erklärt hat, sie würde für eine Debatte eintreten, während sie hier heute erklärt hat, daß sie nicht dafür gewesen sei?

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Schepers, einen Moment bitte! Herr John, bisher war es nicht üblich, Besprechungen in der Interfraktionellen Sitzung hier im Hause zu verwenden.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das lernt er noch!)

Wenn wir uns diese Dinge zu eigen machen, dann könnte es sein, daß wir in größte Schwierigkeiten kommen.

Bitte, Herr Schepers, wollen Sie fortfahren.

Abg. **Schepers** (CDU): Ich darf dazu ergänzen, daß laut Mitteilung der Senatspressestelle der Senat nach dem Besuch von Senator Thape in Göttingen davon Kenntnis genommen hat, daß die Vertreter des Akademischen Senats trotz aller Bereitschaft zur Hilfe unter den gegebenen Umständen kaum eine Möglichkeit sehen, neue Professoren für den Gründungssenat vorzuschlagen. In dieser Presseerklärung heißt es weiterhin, daß Herr Thape vom Senat gebeten wird, in Verhandlungen mit Hochschullehrern einzutreten, um zu erreichen, daß der Gründungssenat wieder voll aktionsfähig wird. Unter den zu berufenden Hochschullehrern soll ein Mitglied von der Konferenz der pädagogischen Hochschulen benannt werden, möglichst ein Bremer Hochschullehrer.

Meine Damen und Herren, das sind nach meiner Auffassung drei Äußerungen und Darstellungen, die in zwei beziehungsweise drei Sitzungen der CDU-Fraktion als Material für die Beantwortung der Frage gedient haben: Wieweit ist das, was wir bisher auch unter der Patenschaft — ich gebrauche das Wort Patenschaft — Göttingens mitgetragen haben, in Bremen noch mit Hilfe einer solchen Universität zu verwirklichen?

Sie können sich hier doch nicht einfach hinstellen und Zensuren austeilen, wenn eine Fraktion eine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen trifft!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussionsbeiträge der Herren Dr. Sieling und Klein erfüllen mich zum Teil mit großer Sorge. Das möchte ich hier doch in aller Eindeutigkeit feststellen. Leider sind sie nicht da. Doch, Herr Dr. Sieling ist da, Herr Klein nicht!

Ich habe den Eindruck, Herr Abgeordneter Dr. Sieling, daß Sie Professoren als eine Art Kampftruppe gegen Studenten und Assistenten in der Universität ansehen.

(Abg. Fischer [CDU]: Wie kommen Sie dazu?)

Wollen Sie Beteiligung aller Gruppen an der Universität haben, dann müssen Sie sich zu dieser Beteiligung bekennen, ohne Vorbehalte und ohne die ständige negative Feststellung, daß eine Seite permanent unseriös oder unglaubwürdig oder unsachlich ist.

Es ist doch völlig ausgeschlossen, hier zu erklären, wir sind für die Beteiligung aller Hochschulgruppen und gleichzeitig zu sagen, wir verlangen aber, daß eine Hochschulgruppe einmal durch die Mehrheit der Mandate, aber gleichzeitig durch die vorherige Fest-

stellung ihrer Auffassung und Meinung so stark ist, daß garantiert die anderen Gruppen in keiner Weise die Möglichkeit haben, sich mit durchzusetzen. Ist das Ihr Demokratieverständnis?

Meines ist es nicht! Das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen. Entweder wir bekennen uns zur Beteiligung, dann müssen wir auch in Kauf nehmen, daß aus sachlichen Gründen, aus Gründen der Überzeugung auch Professoren gelegentlich mit Assistenten oder mit Studenten oder mit Assistenten und Studenten übereinstimmen. Das hat sich nämlich schon im alten Gründungssenat ergeben, und die Georgia-Augusta in Göttingen hat überhaupt keine Möglichkeit gehabt, dagegen anzugehen, obwohl ich weiß, daß nicht alle Professoren in Göttingen begeistert waren von dem „Bremer Modell", das hier praktiziert worden ist. Das muß man doch auch einmal sehen.

Ich habe den Eindruck, daß Sie eine Art Kampftruppe haben wollen, die garantiert, daß sich bestimmte Auffassungen nicht durchsetzen können, daß nach außen hin aber der Eindruck entsteht, man sei für Beteiligung aller Hochschulgruppen und damit für eine moderne Universität.

Sie zitieren so oft den alten Gründungsausschuß. Bitte schön, ich habe nichts dagegen, ich zitiere ihn jetzt auch: 1966 hat sich der alte Gründungsausschuß noch geweigert, auch nur einen Studenten mit beratender Stimme hinzuzuziehen. Glauben Sie, daß Sie heute noch mit einem solchen Beratungsgremium würden arbeiten können? Das möchte ich noch einmal deutlich machen. Wir müssen doch feststellen, daß inzwischen die Hochschulentwicklung weitergegangen ist, daß die Diskussion dazu geführt hat, daß wir alle inzwischen gelernt haben, daß wir zum Teil bestätigt worden sind in unseren Auffassungen, zum Teil uns haben korrigieren müssen. Eins ist aber garantiert: daß niemand mehr eine Universität auf der Grundlage gründen kann, wie sie 1964, 1965 oder 1966 in Bremen versucht worden ist. Das ist eine Tatsache, die ich bei der Diskussion mit zu berücksichtigen bitte.

Noch ein Wort zur Reise nach Göttingen! Wir sollten diese Reise nicht nachträglich retuschieren. Hier ist doch nicht eine verzweifelte Landesregierung in eine andere Stadt gefahren, um zu fragen, ob noch irgendetwas zu retten ist, sondern ich habe in aller Öffentlichkeit, bevor ich nach Göttingen gefahren bin, festgestellt, daß das eine Sache vor allem der Fairneß ist, um in Göttingen nicht den Eindruck zu erwecken, daß wir die Dinge jetzt einfach schludern lassen und uns um diejenigen, die uns in einer bestimmten Situation entscheidend geholfen haben, heute überhaupt nicht mehr kümmern.

Aber wir waren uns alle darüber im klaren, nicht nur im Senat und in den parlamentarischen Kreisen, wir waren uns alle darüber im klaren, daß höchstwahrscheinlich diese Reise eine Formalreise sein wird, weil Göttingen nein sagen muß, schon mit Rücksicht auf die Professoren, die hier in Bremen ihre Arbeit niedergelegt haben und die durch eine Neuberufung durch Göttingen praktisch in der Öffentlichkeit desavouiert worden wären.

Ich meine, diese Fakten sollte man doch wirklich hier offen ansprechen, oder aber man sollte nicht an den Dingen vorbeireden und so tun, als seien hier ganz besondere Sensationsnachrichten aus Göttingen gekommen, als ich zurückkam und gesagt habe, Göttingen fühlt sich in dieser Form nicht mehr an den Gründungsauftrag gebunden. Das festzustellen, war der einzige Zweck meiner Reise, das festzustellen aber in Übereinstimmung und im guten Einvernehmen mit einer Universität, die uns entscheidend geholfen hat. Aber doch nicht in dem Sinne, daß wir keine andere Möglichkeit gesehen hätten, als jetzt über Göttingen zu laufen und nachdem wir unverrichteter Dinge zurückgekommen sind, auf einmal völlig neue Situationen bestehen, die Sie zwingen, alles neu zu überdenken.

Ich bitte ernsthaft, daß Sie noch einmal überlegen, ob Sie das Konzept einer Professorengruppe, das Sie hier entworfen haben, die letzten Endes dann doch bestimmen soll, wie die Dinge laufen — und zwar allein bestimmen soll, wie die Dinge laufen —, ob Sie dieses Konzept aufrechterhalten wollen. Dann sollten Sie sich allerdings ehrlicherweise nur zum Professoren-Konzept bekennen, und dann kann man darüber streiten und kann sagen, was ist besser oder was ist schlechter, aber nicht ein Pseudomodell, ein Modell der Pseudo-Beteiligung, die in Wirklichkeit nur Augenwischerei ist, weil man davon ausgeht, daß die eine Seite, die Ihnen gemäßer zu sein scheint, vielleicht nun auf jeden Fall mit Mehrheitsentscheidung sich wird durchsetzen können.

Wir täten gut daran, das gilt für den Senat der Freien Hansestadt Bremen, für die Landesregierung wie für das Landesparlament — wenn ich das hier auch einmal als Ratschlag für die Abgeordneten sagen darf —, wir täten gut daran, uns in eine Hochschulauseinandersetzung, die völlig legitim ist, nicht so stark einzuschalten, daß wir ganz automatisch für die eine oder für die andere Seite Partei nehmen müssen, sondern daß wir die Dinge aus einer gewissen Sicht, einem gewissen Abstand betrachten, um dann im richtigen Moment auch die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich sehr kurz fassen. Gerade der letzte Satz, den der Herr Senator für das Bildungswesen hier eben gesagt hat, genau dieser letzte Satz ist der, der uns im Grunde genommen bewogen hatte, heute eine so ausführliche und die Gefahr eines Zerredens beinhaltende Debatte hier zu vermeiden.

(Abg. Friedrich M e i e r [SPD]: Dann hätten Sie keine Pressekonferenz machen sollen!)

Das ist der Grund gewesen, warum wir versucht haben, die Dinge abzukürzen.

Im übrigen verstehe ich gar nicht Ihr Engagement in dieser Angelegenheit und Ihre ständige Unterstellung, die CDU-Fraktion habe ihre Mitarbeit aufgekündigt. Davon ist ja gar keine Rede gewesen, die CDU-Fraktion hat gesagt, unter welchen Voraussetzungen sie weiter mitarbeiten kann, und unter welchen Voraussetzungen sie die Verantwortung für die geplante Bremer Universität mit tragen kann. Weiter ist nichts geschehen. Und ich möchte Sie, meine Damen und Herren, noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß die CDU-Fraktion in keiner Weise sich kapriziert hat auf die Beteiligung der Universität Göttingen, sondern sie hat gesagt, sie sei in der Lage, die Verantwortung für die Bremer Universität mit zu tragen, wenn es gelinge, die Mitarbeit einer anderen deutschen Universität nach dem bisherigen Göttinger Muster zu erreichen.

Gar kein Grund, daß Sie sich darüber so aufregen. Warten wir doch ab, wie die Dinge sich entwickeln, und wenn sie sich positiv entwickeln, sind wir die letzten, die nein sagen. Dazu sind uns die Dinge viel zu ernst. Aber wir sind nicht bereit, uns auf Wege führen zu lassen, die nach unserer Meinung zu einer der Freiheit von Wissenschaft und Forschung schädlichen Ideologisierung der Universität führen müssen. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Es spricht nun der Abgeordnete Dr. Czichon.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider waren auch in den Ausführungen von Herrn Kollegen Fischer keine Hoffnungsschimmer. Er hat gesagt, wir sind nicht vom „Bremer Modell" abgerückt. Aber was ist es denn, wenn man sagt, wir müssen entweder eine neue Patenuniversität finden, im gleichen Atemzuge aber sagt, die werden wir wohl nicht finden! Denn das ist gesagt worden!

(Abg. Fischer [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Das haben jetzt nicht Sie gesagt, sondern in der Pressekonferenz ist es gesagt worden! Und andererseits sagt man: Bleibt dann nur die Möglichkeit, mehr Professoren in den Gründungssenat!

Das letztere ist ja zumindest ein Abrücken vom „Bremer Modell", und das erstere haben Sie selbst als unmöglich hingestellt. Also insofern vermag ich das nicht einzusehen.

Aber ich habe nach wie vor die Hoffnung, daß wir wieder eine Basis finden, wenn es auch ein bißchen strapaziös ist, es hier in dieser Breite zu tun. Aber wenn wir wieder zu einer gemeinsamen Verständigung kommen, hat es sich ja immerhin gelohnt.

Aus dem Grunde möchte ich auch kurz eingehen auf die Bezugnahme des Kollegen Schepers auf einen Brief von Professor Killy, der in der Fraktionsberatung der CDU eine so große Rolle gespielt haben soll. Dort hat er eine Äußerung aus dem Brief Albers' zitiert, wir haben versucht, rote Zellen und so weiter mit einzubeziehen, und diese Äußerung zeige genau, woran wir gescheitert sind, sagt Killy.

Damit sagt er die Wahrheit, nämlich der Gründungssenat ist nicht zuletzt daran gescheitert, daß man sich von solch radikal klingenden Formulierungen hat verschrecken lassen, ohne den Dingen auf den Grund zu gehen.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Genau das!)

Das gleiche gilt auch für den zweiten Passus, der zitiert worden ist, „die Assistentenschaft darf nicht bei der Bejahung dieser Haltung bleiben, wenn für die Zukunft gute Chancen da sein sollen". Die Assistentenschaft hat die Thesen, die von Herrn Albers geschrieben worden sind, nie bejaht. Sie hatte in dieser Frage überhaupt keine Solidarität mit den Studenten. Sie hatte sie nur in der von mir erwähnten Frage, daß Beschlüsse des Gründungssenats bezüglich Berufungsverfahren und Arbeit der Fachbereichskommissionen auch praktiziert werden sollten. Aber auch in dieser speziellen Frage hat es überhaupt keine Solidarität gegeben.

Insofern, meine ich, ist auch die CDU-Fraktion bei der Beratung des Killy'schen Briefes von einer ganz falschen Deutung des Briefes und von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen, und es bleibt wiederum meine Hoffnung, daß eine Überprüfung dieser Voraussetzungen wieder zu einer gemeinsamen Basis der Arbeit führt. — Danke schön!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Schluß dieser Debatte möchte ich für meine Fraktion folgende Erklärung abgeben:

Die NPD-Fraktion hat mit Verwunderung davon Kenntnis genommen, daß mit offenbarer Billigung des Präsidiums zu wiederholten Malen während dieser Debatte durch Redner zweier Fraktionen die hier durch eine Fraktion vertretene NPD bewußt aus dem Kreis demokratischer Parteien ausgeklammert wurde.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Völlig zu Recht!)

Die NPD-Fraktion — —

(Glocke — Glocke)

Präsident Engel: Herr Brouwer, ich habe aus Ihren Ausführungen einen Vorwurf gegen das Präsidium gehört. Habe ich Sie da richtig verstanden?

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ja!)

Abg. **Brouwer** (NPD): Ja!

Präsident Engel: Dann weise ich diesen Vorwurf mit aller Schärfe zurück. Das Präsidium ist kein Zen-

sor über die Ausführungen der einzelnen Abgeordneten. Das Präsidium hat nur einzugreifen, wenn Ausführungen von Abgeordneten einen beleidigenden Inhalt haben. Wenn Sie sich das bitte merken wollen, wäre ich Ihnen dankbar.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, darf ich darauf antworten?

Präsident Engel: Ja, selbstverständlich!

Abg. **Brouwer** (NPD): Ich meine, daß die Ausklammerung einer Partei aus dem Kreis demokratischer Parteien eine Diffamierung der Art bedeutet, daß nach meiner Überzeugung der Herr Präsident der Bürgerschaft Einspruch erheben müßte.

(Glocke)

Präsident Engel: Ich weiß nicht, ich meine, ich hätte mich doch sehr klar ausgedrückt über die Aufgaben des amtierenden Präsidenten. Wenn Sie sich durch irgendwelche Auslassungen hier im Hause beschwert fühlen, dann steht Ihnen doch jederzeit frei, sich mit allen Mitteln dagegen zur Wehr zu setzen. Wogegen ich mich wehre, ist Ihr ausgesprochener Vorwurf gegen mich. Den weise ich nochmals zurück.

Abg. **Brouwer** (NPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich habe meinen Worten nicht mehr viel hinzuzufügen. Ich habe lediglich entschieden Verwahrung dagegen einzulegen, daß hier durch Redner anderer Parteien die demokratische Haltung meiner Fraktion und meiner Partei in Zweifel gezogen wird.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag Nr. 340 der NPD-Fraktion.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist abgelehnt.

(Dafür NPD)

Den Bericht des nichtständigen Ausschusses nimmt die Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis.

Anfrage: Strukturanalyse für den Wohnungsbau (Drucksachenabteilung II Nr. 341)

Dazu

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. März 1970 (Drucksachenabteilung I Nr. 100)

In seiner Mitteilung vom 17. März 1970 teilt der Senat mit, daß eine Beantwortung der Anfrage erst erfolgen kann, wenn das Ergebnis der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Wohnungsbedarfszählung im Herbst dieses Jahres vorliegt.

Ich schlage dem Hause aus diesem Grunde vor, die Angelegenheit erst wieder auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die entsprechende Antwort des Senats vorliegt.

Erhebt sich gegen diesen meinen Vorschlag Widerspruch?

Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß die Bürgerschaft (Landtag) einverstanden ist.

Antrag: Familienzusatzdarlehen für Altbauten (Drucksachenabteilung II Nr. 224)

Dazu

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. Februar 1970 (Drucksachenabteilung I Nr. 98)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den unter der Drucksachenabteilung II Nr. 224 vorliegenden Antrag der NPD-Fraktion in ihrer Sitzung am 21. Mai 1969 behandelt und ihn mit der Bitte um Beratung und Berichterstattung an die Deputation für das Bauwesen und an die Finanzdeputation überwiesen.

In der Mitteilung des Senats vom 3. Februar 1970 wird der erbetene Bericht vorgelegt.

Zu diesem Punkt ist ein Dringlichkeitsantrag eingereicht worden, der von allen vier Fraktionen unterzeichnet ist. Dieser Antrag wurde hektographiert an die Abgeordneten verteilt und hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, die Grundförderung und die Familienzusatzdarlehen nach den Bestimmungen des II. WoBauG für kinderreiche Familien auch zu gewähren, wenn durch An- oder Ausbau eines alten Hauses zusätzlich neuer Wohnraum erstellt wird. Dabei sollen nur die Kinder berücksichtigt werden, für die Grundförderung und Familienzusatzdarlehen bislang nicht bewilligt wurden."

Die dringliche Behandlung dieses Antrags haben wir zu Beginn dieser Sitzung beschlossen.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Dieser Antrag basiert auf unserem Antrag, den wir am 21. Mai des letzten Jahres stellten. Wie Sie aus der Mitteilung vom 3. Februar 1970 ersehen, empfiehlt die Deputation für das Bauwesen, dem NPD-Antrag zuzustimmen. Die Empfehlung allein schafft jedoch die rechtlichen Voraussetzungen nicht, und deshalb liegt uns als Ergebnis der Beratungen der Baudeputation der interfraktionell erweiterte Antrag vor. Wir bedauern, daß die Beratungen fast ein Jahr brauchten, um über diesen Antrag zu entscheiden, und sind der Überzeugung, hätten wir als antragstellende Partei an den Deputationssitzungen teilgenommen, hätte sich dieser Zeitraum sicher verkürzen lassen. Wir stimmen

unserem interfraktionell erweiterten Antrag gern zu und ziehen damit den anderen zurück.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Sie haben vernommen, meine Damen und Herren, daß der Antrag Nr. 224 von der NPD-Fraktion zurückgezogen wurde.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats vom 3. Februar 1970 Kenntnis.

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (Herabsetzung der Altersgrenze für Beamte im gehobenen Justizvollzugsdienst) (Drucksachenabteilung II Nr. 337)

1. Lesung

Dazu Herr Senator Löbert:

Der vorliegende Antrag trägt die Unterschriften des Abgeordneten Stäcker und SPD-, des Abgeordneten John und FDP- sowie des Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion.

Der Antrag liegt den Abgeordneten gedruckt vor. Ich nehme an, daß ich auf eine Verlesung verzichten kann.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wir kommen zur 1. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Fröhlich.

Abg. **Fröhlich** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag zielt darauf ab, den Paragraphen 181 a des Bremischen Beamtengesetzes zu erweitern. Die Deputation für Inneres hatte sich bereits im März mit diesem Änderungsantrag beschäftigt und insofern erweitert, daß nach unserer Auffassung bei der damaligen Änderung des Bremischen Beamtengesetzes bei der Herabsetzung der Altersgrenze auf das 60. Lebensjahr auch der gehobene Justizvollzugsdienst einbezogen werden sollte. Die Finanzdeputation hat damals ebenfalls mit dem Senat diesem Vorschlag nicht die Zustimmung gegeben. Ich habe bereits anschließend hier im Parlament erklärt, daß sich die Deputation für Inneres erneut mit dieser Frage beschäftigen werde.

Wir haben daraufhin auch den Personalrat der Justizvollzugsanstalten und den Amtsleiter zu einem Anhörungsverfahren in die Deputation für Inneres gebeten. Dieses Anhörungsverfahren hat am 4. 11. 1969 stattgefunden. Alle Mitglieder der Deputation für Inneres konnten sich davon überzeugen, daß die Herabsetzung der Altersgrenze nicht nur für den mittleren Justizvollzugsdienst, sondern auch für den gehobenen Justizvollzugsdienst notwendig ist.

Warum? Lassen Sie mich dazu einiges sagen! Die Strafgefangenen werden in der Regel von dem mittleren Justizvollzugsdienst bewacht. Bei renitenten Häftlingen jedoch muß auch der gehobene Justizvollzugsdienst eingreifen, das heißt, auch dieser Personenkreis, 15 Beamte, wird ständig mit diesen Häftlingen konfrontiert. Wir meinen einfach, wenn eine Begründung gegeben ist, daß für diesen schweren Dienst bereits beim mittleren Dienst die 60-Jahres-Grenze zum Ausscheiden gesetzlich fixiert ist, daß das gleiche auch für den gehobenen Justizvollzugsdienst der Fall sein muß, und zwar auch noch aus einem anderen Grunde: Die Beamten des gehobenen Justizvollzugsdienstes können nicht in andere Bereiche der Verwaltung versetzt werden, weil sie speziell nur für diesen Beruf ausgebildet sind und eine Austauschbarkeit nicht gegeben ist.

Wir meinen, daß aufgrund auch der Anhörung eine Notwendigkeit gegeben ist, diesen Beamten mit 60 Jahren nach dem schweren Dienst praktisch den Ruhestand zu gestatten. Ich bitte daher, dem interfraktionellen Antrag der drei Fraktionen SPD, CDU und FDP ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Antrag: Besteuerung der Verkehrsbetriebe im Nahverkehr (Drucksachenabteilung II Nr. 339)

Dazu Herr Senator Eggers, ihm beigeordnet Herr Regierungsdirektor Michalski.

Der Antrag ist unterschrieben von den Abgeordneten John und FDP-Fraktion sowie Frau Müller-Wolff und SPD-Fraktion. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Der Senat wird ersucht, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür verstärkt einzusetzen, daß
erstens die öffentlichen Verkehrsbetriebe im Nahverkehr von der Mineralölsteuer befreit werden,

zweitens aus verkehrspolitischen Gründen die Mehrwertbesteuerung auf die öffentlichen Verkehrsbetriebe im Nahverkehr keine Anwendung mehr findet."

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat Herr Senator Eggers.

(Abg. Hauptmann [FDP]: Wir müssen erst begründen!)

Ich bedauere außerordentlich! Ein Senator hat in jedem Fall den Vorrang.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Vertretung meines auf Urlaub befindlichen Kollegen Dr. Borttscheller nehme ich zu dem gemeinsamen Antrag der FDP/SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

Die ständigen Bemühungen um eine steuerliche Entlastung der öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen haben bereits zwischenzeitlich zu einem ersten Erfolg geführt, der darin besteht, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1969 alle Kraftomnibusse der öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen, die überwiegend im Linienverkehr eingesetzt werden, von der Kraftfahrzeugsteuer befreit sind.

Für die Bremer Straßenbahn AG bedeutet der Wegfall der Kraftfahrzeugsteuer für ihre Omnibusse eine Entlastung von jährlich DM 280 000.

Der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr hat darüber hinaus insbesondere in seiner Eigenschaft als Vorsitzer der Verkehrsministerkonferenz der Länder — gestützt auf entsprechende Beschlüsse des Senats und der Deputation für Häfen, Schiffahrt und Verkehr — immer wieder in den zuständigen Gremien des Bundesrates und gegenüber der Bundesregierung die Forderung auf Freistellung des öffentlichen Personennahverkehrs von der Mineralölsteuer und der Mehrwertsteuer erhoben.

In diesem Zusammenhang ist veranlaßt, daß durch den Ausschuß für Verkehr und Post des Bundesrates am 31. Januar 1968 der „Arbeitskreis der Verkehrsressorts der Länder zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden" beauftragt wurde, die Frage der Freistellung des öffentlichen Personennahverkehrs von der Mineralöl- sowie Mehrwertsteuer zu untersuchen.

Aufgrund des Ergebnisses des Arbeitskreises hat die Verkehrsministerkonferenz am 27. Februar 1969 die Bundesregierung gebeten, die zu einer Steuerentlastung des öffentlichen Personennahverkehrs erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen dringend einzuleiten.

Nachdem die Bemühungen um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs auf steuerlichem Gebiet am Widerstand des damaligen Bundesministers der Finanzen gescheitert waren, hat die Verkehrsministerkonferenz am 20. Oktober 1969 beschlossen, daß sich Senator Dr. Borttscheller gegenüber der neuen Bundesregierung noch einmal nachdrücklichst für eine bessere Finanzsituation des öffentlichen Personennahverkehrs einsetzt. Das ist mit Schreiben vom 22. Oktober 1969 geschehen.

In dem Schreiben wurde der Herr Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen ebenfalls unterrichtet, daß — falls eine rasche und entschlossene Hilfe für den öffentlichen Personennahverkehr weiterhin am Widerstand des Bundesfinanzministers scheitern würde — die Länderverkehrsminister/-senatoren sich innerhalb ihrer Kabinette die Unterstützung für die Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage beim Bundesrat zusichern lassen würden.

Der Herr Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen hat — nachdem weitere Verhandlungen zwischen ihm und dem Senator für Häfen- Schiffahrt und Verkehr und verschiedene Besprechungen zwischen dem Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr und dem Verband öffentlicher Personennahverkehrsbetriebe in der Folgezeit stattgefunden haben — sich daraufhin nochmals eindringlich für eine Befreiung der Betriebe des öffentlichen Personennahverkehrs von der Mineralöl- und Mehrwertsteuer gegenüber dem Herrn Bundesminister der Finanzen ausgesprochen und zuletzt mit Schreiben vom 11. Februar 1970 dem Herrn Bundesminister der Finanzen einen praktischen Vorschlag dahin unterbreitet, den Betrieben des öffentlichen Personennahverkehrs entsprechend der Regelung für den Werkfernverkehr im Zonenrandgebiet eine Betriebsbeihilfe in Höhe der gezahlten Mineralölsteuer zu gewähren und die dafür erforderlichen 175 Millionen DM aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren.

Daneben werden vom Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr mit Nachdruck die weiteren Bemühungen verfolgt, ebenfalls eine Entlastung der öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen von der Mehrwertsteuer zu erreichen, obgleich die Freistellung von der Mehrwertsteuer aus allgemeinen steuerlichen Überlegungen heraus wesentlich schwieriger zu einem befriedigenden Ergebnis zu führen sein wird.

Um die Bemühungen der steuerlichen Entlastung der öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen auf jeden Fall weiterzubringen, ist diese Angelegenheit wiederum auch Gegenstand der nächsten Verkehrsministerkonferenz.

Der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr wird seine Bemühungen in dieser Richtung mit aller Entschiedenheit fortsetzen.

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Hauptmann.

Abg. **Hauptmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gegeglaubt, daß man als antragstellende Fraktion zuerst das Wort hat, um den Antrag zu begründen.

(Beifall)

Aber ich kann gar keinen Antrag mehr begründen, wenn der Senat vorher schon eine Stellungnahme abgegeben hat.

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Hauptmann, ich verstehe Ihre Ungehaltenheit durchaus. Aber wenn die Beratung eröffnet ist und ein Senator meldet sich zu Wort, so muß ich ihm sofort das Wort geben. Ich könnte auch etwas deutlicher werden, denn dieser Ablauf der Dinge, Herr Hauptmann, das gestehe ich Ihnen ganz offen, gefällt auch mir nicht, und ich werde Gelegenheit nehmen, diesen Punkt anzusprechen.

(Beifall)

Abg. **Hauptmann** (FDP): Danke schön, Herr Präsident!

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Brinkmann.

(Abg. Brinkmann [SPD]: Ich verzichte, Herr Präsident!)

Verzichtet.

Das Wort hat der Abgeordnete Krauss.

Abg. **Krauss** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir waren sehr erstaunt, als wir den Antrag der SPD- und FDP-Fraktion vorliegen hatten. Im Grunde genommen stößt dieser Antrag nur offene Türen auf. Es ist dem ganzen Haus seit Jahr und Tag bekannt, daß es eines der Hauptanliegen des Hafensenators ist, hier auf Bitten und auf Ersuchen und auf Wünsche aus dem ganzen Hause — selbstverständlich einschließlich der Opposition — tätig zu werden.

Ich möchte den Ausführungen von Herrn Senator Eggers, die er hier im Namen von Herrn Senator Dr. Borttscheller gemacht hat, noch ein Faktum hinzufügen. Alle anderen Zahlen sind uns ja auch bekannt. Aber vielleicht darf es noch ergänzt werden, daß selbst auch die Länderfinanzminister-Konferenz am 15. Januar 1970 sich den Wünschen angeschlossen hat, so daß wir also nur abwarten können, ob endlich der Bundesverkehrsminister, der ja der SPD angehört,

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: So ist es!)

diese Wünsche erfüllen wird.

Meine Damen und Herren, noch ein paar Worte zur Mehrwertsteuer und zu den Möglichkeiten, die sich uns auf dem Gebiet eröffnen. Die Zahlen sind folgende: In der Rechnung der Straßenbahn sind 2,5 Millionen DM Mehrwertsteuer in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Lassen wir uns aber darüber nicht hinwegtäuschen, daß wir diese 2,5 Millionen DM durch einen Erlaß des Finanzministers retten. Es muß berücksichtigt werden, daß die Straßenbahn 1,4 Millionen DM Vorsteuer abrechnen kann und zur Zeit verrechnet, so daß hier also nur die Differenz, eine Summe von 1,1 Millionen DM, zur Debatte steht, denn die Befreiung und weiterhin die Möglichkeit, die Vorsteuer geltend zu machen, gibt es nicht. Gespräche mit Abgeordneten aus Bonn lassen ganz klar erkennen, daß das das Parlament in Bonn niemals mitmachen würde. Es wäre zu schön, wenn es möglich wäre, manche Annehmlichkeiten, wie sie die Landwirtschaft zum Beispiel genießt, auch auf andere Bereiche zu übertragen. Aber selbst in diesem Bereich hat sich die Kommission der EWG gemeldet und Regelungen, die zur Zeit vorhanden sind, beanstandet.

Ich muß befürchten, daß ich Ihnen nicht sehr viel Neues gesagt habe. Aber der ganze Antrag bringt ja auch wirklich nichts Neues. Die CDU-Fraktion stimmt zu.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Obwohl er nichts Neues ist!)

Wir warten ab, wann die von der SPD gestellten Verkehrs- und Finanzminister in Bonn endlich die erforderlichen Konsequenzen ziehen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Eggers.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers: Herr Präsident! Wenn ich gegen die Regeln des Hauses verstoßen haben sollte, dann bitte ich um Entschuldigung. Ich habe mich, nachdem die Verhandlung eröffnet wurde, zu Wort gemeldet. Ob hier schon Wortmeldungen vorlagen, wußte ich nicht. Ich bitte also um Nachsicht.

Präsident Engel: Herr Senator, gegen die Regel des Hauses haben Sie nicht verstoßen. Sollte das der Fall gewesen sein, wäre ich der erste, der Sie darauf aufmerksam gemacht hätte.

Senator Eggers: Aber auch, wenn ich gegen ungeschriebene Gesetze verstoßen hätte!

Präsident Engel: Das ist etwas anderes!

Senator Eggers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Belastung der Bremer Straßenbahn AG durch die Mehrwertsteuer, wie hier eben gesagt wurde, und zwar nur als Beispiel zitiert, ist 2,5 Millionen DM jährlich. Ich glaube, wenn man diese Steuersumme in bezug auf die gesamte Bundesrepublik betrachtet, wird kaum eine Möglichkeit bestehen, davon ganz herunterzukommen. Die Entlastung der öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen von der Mehrwertsteuer wird durch die dadurch ausgelösten Probleme steuerrechtlicher Art wesentlich erschwert. Insbesondere besteht auch keine einheitliche Auffassung darüber, in welcher Weise die Entlastung von der Mehrwertsteuer rein steuertechnisch vorzunehmen ist. Eine Freistellung von der Mehrwertsteuer kann für die öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen deshalb nicht in Betracht kommen, weil die öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen dann in erheblichem Umfang ihre Vorsteuerabzüge verlieren. Das hat also auch hierfür eine Bedeutung.

Ich könnte mir jedoch denken, daß den öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen zu helfen wäre, wenn man den derzeitigen Steuersatz von 5,5 Prozent auf 1,5 Prozent ermäßigen würde und gleichzeitig den Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs nach wie vor den vollen Vorsteuer-

abzug zugestehen würde. Zwar wird die unterschiedliche wirtschaftliche Situation der einzelnen Verkehrsbetriebe in der Bundesrepublik genaue Berechnungen vor einer endgültigen Entscheidung in dieser Frage notwendig machen. Abgesehen davon meine ich aber, daß die vorstehend skizzierte Lösung durchaus praktikabel wäre, damit dem öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen wirklich nachträglich geholfen werden kann. Die Schwierigkeiten dieser Unternehmen sieht jedermann.

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

(Abg. Klein [CDU]: Ich verzichte, Herr Präsident!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem vorliegenden Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) erschöpft.

Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 18.05 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen